

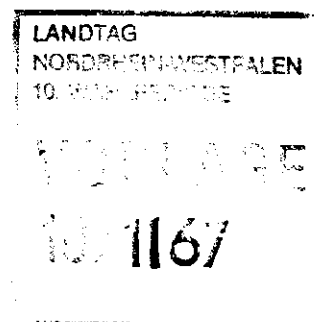
# Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

I B 3 - 500/88

Düsseldorf, 8. September 1987

An den  
Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf



Betr.: Haushaltsplanentwurf 1988;  
hier: Einzelplan 02

Als Anlage übersende ich mit der Bitte um Weiterleitung an den Hauptausschuß und den Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags eine Vorlage (150-fach) mit ergänzenden Erläuterungen für die Beratung des Einzelplans 02.

*Kammerherr*



1167 3. A

# Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

I B 3 - 500/88

Düsseldorf, 8. September 1987

## V o r l a g e

an den

Hauptausschuß

Haushalts- und Finanzausschuß

des Landtags Nordrhein-Westfalen

Betr.: Haushaltsplanentwurf 1988;

hier: zusätzliche Unterlagen für die Beratung des Einzelplans 02

- |      |  |               |
|------|--|---------------|
| I.   | Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -                     | Seite 4 - 37  |
| II.  | Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen -                                | Seite 38 - 64 |
| III. | Kapitel 02 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann -         | Seite 65 - 71 |
| IV.  | Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung -                   | Seite 72 - 81 |
| V.   | Kapitel 02 610 - Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen - | Seite 82      |

## Inhaltsverzeichnis

### Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -

Titel 422 10	- Bezüge der Beamten -	Seite 4 - 5
Titel 425 10	- Bezüge der Angestellten -	Seite 5 - 9
Titel 426 10	- Bezüge der Arbeiter -	Seite 9 - 10
Personalübersichten		Seite 11 - 19
Titel 531 10	- Für die Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit) -	Seite 20 - 25
Titel 541 10	- Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung -	Seite 26 - 32
Titel 812 10	- Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen -	Seite 33
Titelgruppe 60	- Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen -	Seite 34 - 35
Titelgruppe 70	- Erprobung und Anwendung neuer Technologien für Zwecke der Staatskanzlei -	Seite 36 - 37

### Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen -

Titel 251 00	- Zuweisung des Bundes im Rahmen der Finanzierung des Akademienprogramms -	Seite 38 - 39
Titel 684 20	- Zuschuß an die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen -	Seite 40
Titel 685 10	- Zuschuß an die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften -	Seite 41 - 42
Titel 685 11	- Zuschuß für das NRW-Büro in Brüssel -	Seite 43 - 47
Titelgruppe 71	- Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern -	Seite 48 - 60
Titelgruppe 81	- Kabelpilotprojekt Dortmund -	Seite 61 - 64

**Kapitel 02 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann -**

Titel 526 00	- Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben -	Seite 65
Titel 531 00	- Werbungs- und Aufklärungsmaßnahmen -	Seite 66
Titel 541 00	- Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen -	Seite 67
Titel 684 10	- Zuschüsse zu den Personalausgaben an 37 (36) Träger von Zufluchtsstätten für mißhandelte Frauen -	Seite 68
Titel 684 20	- Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Selbsthilfegruppen -	Seite 69
Titel 684 30	- Zuschüsse zu Maßnahmen zur Aktivierung von Frauen in Schwerpunktbereichen der Frauenpolitik, u.a. im ehrenamtlichen Bereich -	Seite 70
Titel 685 10	- Modellmaßnahmen zur Öffnung neuer Berufswege für Mädchen und Frauen und zur Wiedereingliederung in den Beruf -	Seite 71

**Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung -**

Titel 534 10	- Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung -	Seite 72 - 73
Titel 534 20	- Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher -	Seite 74
Titel 534 30	- Kosten einer ständigen Ausstellung zur Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen -	Seite 75
Titel 684 10	- Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Wolfgang-Döring-Stiftung, der Karl-Arnold-Stiftung und der Josef-Hermann-Dufhues-Stiftung -	Seite 76
Titel 684 20	- Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit -	Seite 77
Titel 893 00	- Zuschüsse für den Bau und die Einrichtung von Häusern der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen -	Seite 78 - 79
Titelgruppe 60	- Ausgaben des Europa-Beauftragten -	Seite 80 - 81

**Kapitel 02 610 - Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen -**

Seite 82

I. Kapitel 02 020 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -

1. Ausgaben

1.1 Personalausgaben

I. Stellenumwandlungen

Durch Wirksamwerden von kw-Vermerken vermindern sich die im Einzelplan 02 Kapitel 02 010 ausgewiesenen Stellen bis zum Ende des Haushaltsjahres 1987 um folgende Stellen:

1. 1 Stelle der Verg.Gr. IXb/X BAT (Dienststart 06)
2. 1 Stelle der Lohngruppe VIII a MTL II (Dienststart 02)  
- Einsparung aus 1986 -
3. 1 Stelle der Lohngruppe VI MTL II (Dienststart 02)

II. Stellenveränderungen

Zu Titel 422 10 - Bezüge der Beamten -

1. Stellenhebungen

Die vorgesehenen Hebungen von Planstellen für Beamte des höheren und gehobenen Dienstes ergeben sich in Anwendung des für die obersten Landesbehörden festgelegten Stellenschlüssels.

2. Stellenverlagerung

Eine Planstelle der Bes.Gr. A 16 BBO (MR) - ohne Besoldungsaufwand - ist gemäß § 50 Abs. 1 LHO mit Zustimmung des Finanzministers mit Wirkung vom 01.05.1987 aus dem Einzelplan 07 Kapitel 07 010 in den Einzelplan 02 Kapitel 02 010 umgesetzt worden. Es handelt sich um die

Planstelle eines zum Minister für Bundesangelegenheiten abgeordneten Beamten des höheren Dienstes, der in der Landesvertretung das für Angelegenheiten der Staatskanzlei sowie für Europaangelegenheiten eingerichtete Referat leitet.

#### 4. Stellenumwandlung

Die in Planstellen der Bes.Gr. A 13 B80 (h.D.) umgewandelten Stellen der Verg.Gr. Ib BAT und Ib/IIa BAT sind für zwei im Angestelltenverhältnis beschäftigte Hilfsreferenten vorgesehen, die im Haushaltsjahr 1988 die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis erfüllen werden.

### Zu Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten -

#### 1. Stellenvermehrung

Ausgewiesen ist eine zusätzliche Stelle der Verg.Gr. Vc/VIb BAT für den Registraturdienst unter Wegfall der bisher im Einzelplan 02 Kapitel 02 010 Titel 427 20 für eine Aushilfskraft ausgewiesenen Mittel. Die Stelle wird für den Aufgabenbereich der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann benötigt. Nach Einrichtung dieses Aufgabenbereichs ist es aus dringenden dienstlichen Gründen geboten, für diese Organisationseinheit einen Registraturdienst einzurichten, der von den vorhandenen Bediensteten des Registraturdienstes nicht zusätzlich wahrgenommen werden kann. Einer Anregung des Landesrechnungshofs entsprechend sind im Haushaltsplan 1987 zunächst nur Mittel für die vorübergehende Beschäftigung einer Aushilfskraft ausgewiesen worden. Da dem Aufgabenbereich der Parlamentari-

schen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann eine Mitarbeiterin des Registraturdienstes auf Dauer mit der vollen Arbeitskraft zugewiesen werden muß, ist die Ausweisung einer Stelle für die zunächst nur befristet eingestellte Arbeitskraft auch aus arbeitsrechtlichen Gründen erforderlich.

## 2. Stellenhebungen

- a) Zur Erfüllung tarifrechtlicher Ansprüche sind mit Einwilligung des Finanzministers folgende Stellen angehoben worden:
- a) 1 Stelle der Verg.Gr. IVa BAT nach Verg.Gr. III BAT (Fallgr. 1a)  
für den Leiter des Fahrdienstes der Landesregierung,
  - b) 1 Stelle der Verg.Gr. IVa BAT nach Verg.Gr. III/IVa BAT (Fallgr. 1a zu Verg.Gr. IV a i.V. mit Fallgruppe 1b zu Verg.Gr. III)  
für eine Sachbearbeiterin im Referat "Ressortkoordination Kultus, Wissenschaft und Forschung" (Referat II A 3),
  - c) 1 Stelle der Verg.Gr. IVb/Vb BAT nach Verg.Gr. IVb BAT (Fallgr. 1a)  
für eine Sachbearbeiterin im Referat "Orden, Titel, Staatspreise" (Referat I B 4),
  - d) 1 Stelle der Verg.Gr. IVb/Vb BAT nach Verg.Gr. IVb BAT (Fallgr. 1a)  
für eine Sachbearbeiterin im Referat "Allgemeine Aufgaben des Büros des Ministerpräsidenten, Aufbereitung von Vorlagen" (Referat MB 3); im Haushaltsplanentwurf 1988 ist die Stellenhebung infolge eines Übermittlungsfehlers versehentlich als Hebung einer Stelle der Verg.Gr. IVb nach IVa ausgewiesen worden,
  - f) 1 Stelle der Verg.Gr. VIb/VII nach Verg.Gr. VIb BAT (Fallgr. 1a)  
für eine weitere Mitarbeiterin im Referat "Audiovisuelle Arbeitsmittel, Medieninformation und -verbreitung, Medienpädagogik" (Referat LZ 6),



- g) 1 Stelle der Verg.Gr. VIb/VII BAT nach Verg.Gr. VIb BAT (Fallgr. 1a) für einen weiteren Mitarbeiter im Referat "Auswertung von Presse, Hörfunk und Fernsehen, Analyse, Pressearchiv, Dokumentation" (Referat III A 5),
- h) 1 Stelle der Verg.Gr. VII/VIII BAT (Dienststart 04) nach Verg.Gr. VIb BAT (Fallgr. 1a) (Dienststart 02) für eine weitere Mitarbeiterin im Referat "Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Beauftragter für den Haushalt" (Referat I B 3)

Die Stellenhebungen sind aufgrund der Ergebnisse von Arbeitsplatzüberprüfungen erfolgt, die entsprechend den Durchführungsbestimmungen zu § 23 BAT i.d.F. des gemeinsamen Runderlasses vom 26.11.1985 (MBl. NW. S. 1854) unter Verwendung des den Durchführungsbestimmungen beigefügten Musters zur Beschreibung und Bewertung von Angestelltentätigkeiten mit den vorbezeichneten Ergebnissen durchgeführt worden sind.

Die unter vorstehenden Buchstaben b), c), d) und h) dargestellten Stellenhebungen sind aufgrund der Ermächtigung in § 7 Abs. 7 Unterabs. 2 HG NW 1987 mit Einwilligung des Finanzministers erfolgt. Diese Stellenhebungen konnten bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 1988 nicht mehr berücksichtigt werden. Das Stellensoll 1987 ist entsprechend zu berichtigen.

Im Haushaltsplanentwurf 1988 ist demzufolge die Erläuterung zur Übersicht "Stellen für Angestellte" wie folgt zu fassen:

"Im Stellensoll 1987 ist die Umwandlung folgender Stellen aufgrund haushaltsgesetzlicher Ermächtigung (§ 7 Abs. 7 Unterabs. 2 HG 1987) berücksichtigt:

- 1 Stelle der Verg.Gr. IVa BAT in eine Stelle der Verg.Gr. III BAT,

- 1 Stelle aus Verg.Gr. IVa BAT nach Verg.Gr. III/IVa BAT,
- 2 Stellen aus Verg.Gr. IVb/Vb BAT nach Verg.Gr. IVb BAT,
- 1 Stelle der Verg.Gr. VII/VIII BAT (DA 04) nach Verg.Gr. VIb BAT (DA 02)."

Die Hebung einer Stelle der Verg.Gr. IVa BAT nach Verg.Gr. III BAT ist entbehrlich geworden, weil es möglich war, eine unterbesetzte Stelle der Verg.Gr. III BAT zur Erfüllung des tarifrechtlichen Anspruchs eines Angestellten auf Höhergruppierung nach Verg.Gr. III BAT in Anspruch zu nehmen. Der Stelleninhaber der unterbesetzten Stelle erfüllt nach dem Ergebnis einer Arbeitsplatzbewertung die tarifrechtlichen Voraussetzungen für eine Höhergruppierung nach Verg.Gr. III BAT nicht.

- b) Eine zur Zeit nach Verg.Gr. Vc BAT (Dienststart 02) bewertete Stelle wird in eine Stelle der Verg.Gr. IVb/Vb BAT (Dienststart 01) umgewandelt. Die Stelle wird für einen im Einsatzbüro des Fahrdienstes der Landesregierung zur Zeit noch als weiterer Mitarbeiter tätigen Angestellten benötigt. Vom Beginn des Jahres 1988 soll dieser Mitarbeiter Sachbearbeiteraufgaben wahrnehmen, die vom derzeitigen Leiter des Fahrdienstes vor seiner Bestellung in diese Funktion wahrgenommen worden sind. Die Stelle ist aufgrund einer ersten Bewertung zunächst im Haushaltsjahr 1988 nach Verg.Gr. IVb/Vb BAT ausgewiesen. Die Stelle wird entsprechend den Durchführungsbestimmungen zum BAT abschließend bewertet werden.

### 3. Stellenumwandlung

Eine z. Zt. nach Lohngruppe VI MTL II (Dienststart 01) bewertete Stelle wird in eine Stelle der Verg.Gr. Vc BAT (Fallgr. 1b) umgewandelt. Die Stelle wird für einen Angestellten benötigt, der im Einsatzbüro des Fahrdienstes die nach Einführung des ADV-gesteuerten Systems anfallenden zusätzlichen Aufgaben wahrnehmen wird. Die Stelle ist aufgrund einer ersten Bewertung zunächst nach Verg.Gr. Vc Fallgr. 1b BAT ausgewiesen. Die Stelle wird nach Einführung des ADV-gesteuerten Systems entsprechend den Durchführungsbestimmungen zum BAT abschließend bewertet werden.

## Zu Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter -

### 1. Stellenvermehrung

Ausgewiesen ist eine zusätzliche Stelle der Lohngruppe IV MTL II für einen Mitarbeiter des Botendienstes unter Wegfall der bisher im Einzelplan 02 Kapitel 02 010 Titel 426 10 für einen Aushilfsarbeiter ausgewiesenen Mittel. Die Stelle wird für den Aufgabenbereich der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann benötigt. Nach Einrichtung dieses Aufgabenbereichs ist es aus dringenden dienstlichen Gründen geboten, für diese Organisationseinheit einen Botendienst einzurichten, der von den vorhandenen Bediensteten im Botendienst nicht zusätzlich wahrgenommen werden kann. Einer Anregung des Landesrechnungshofs entsprechend sind im Haushaltsplan 1987 zunächst nur Mittel für die vorübergehende Beschäftigung einer Aushilfskraft ausgewiesen. Da dem Aufgabenbereich der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann ein Mitarbeiter des Botendienstes auf Dauer mit der vollen Arbeitskraft zugewiesen werden muß, ist die

Ausweisung einer Stelle für den zunächst befristet eingestellten Mitarbeiter auch aus arbeitsrechtlichen Gründen erforderlich.

## 2. Stellenhebungen

Eine z. Zt. nach Lohngruppe IV/III MTL II ausgewiesene Stelle wird in eine Stelle der Lohngruppe V MTL II (Fallgr. 2) angehoben. Die Stelle der Lohngruppe IV/III MTL II ist mit einer Mitarbeiterin des Innendienstes im Haus des Ministerpräsidenten besetzt, die spätestens von Beginn des Haushaltsjahres 1988 ab in diesem Aufgabenbereich Arbeiten wahrnimmt, die an das Überlegungsvermögen und an das fachliche Geschick höhere Anforderungen stellen. Die Stelleninhaberin wird auf die von ihr künftig wahrzunehmenden Aufgaben durch eine zusätzliche Unterweisung vorbereitet und nach Abschluß dieser Unterweisung die tarifrechtlichen Voraussetzungen für die Eingruppierung in die Lohngruppe V MTL erfüllen.

- I B 1 -

# Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1988

Bes.- Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Isibsetzung mit planmäßigen Beamten der eigenen Ver- waltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1988	1987		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiter
1	2	3	4	5	am 1. 1. 1987		
					6	7	8
B 10	Chef der Staatskanzlei u. Staatssekretär	1	1	1			
B 7	Ministerialdirigent	2	2	2			
B 4	Ltd. Ministerialrat	9	9	9			
B 2	Ministerialrat	17	17	16			
A 16	Ministerialrat	21	19	15		2	
A 15	Regierungsdirektor	12	14	12		2	
A 14	Oberregierungsrat	6	6	4	2		
A 13	Regierungsrat	8	6	3		2	
		76	74	62	2	6	
A 13	Oberamtsrat	15	15	13			
A 12	Amtsrat	8	8	8			
A 11	Regierungsamtmann	12	11	8		3	
A 10	Reg.-Oberinspektor	-	1	1			
		35	35	30	-	3	
A 9	Reg.-Amtsinspektor	12	12	9		3	
		12	12	9		3	
A 5	Oberamtsmeister	1	1	1			
		1	1	1			
	<b>Insgesamt</b>	<b>124</b>	<b>122</b>	<b>102</b>	<b>2</b>	<b>12</b>	

**Anmerkungen:**

Zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 1. 1. 1987 eingewiesen waren.

- I B 1 -

# Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1988

Bes.- Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamten der eigenen Ver- waltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1988	1987		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiter
1	2	3	4	am 1. 1. 1987			
				5	6	7	8
	<u>Leerstellen</u>						
B 10	Chef der Staatskanzlei u. Staatssekretär	2	2				
B 2	Ministerialrat	1	1				
A 14	Oberregierungsrat	1	1				
	<b>Insgesamt</b>	<b>4</b>	<b>4</b>				

**Anmerkungen:**

Zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 1. 1. 1987 eingewiesen waren.

- I B 1 -

# Übersicht

Über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 1988  
und Titelgruppe 61

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien		
	1988	1987	Istbesetzung am 1. 1. 1987	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte geführten	
				beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiter
	a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.]					
Zusammen a)						
	b) sonstige Beamte [Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
R 2 Richter	2	2	2			
A 15 Reg.-Dir.	1	1	1			
A 14 Oberreg.-Dir	2	2	1			
A 11 Reg.-Amtmann	2	2	2			
	7	7	6			
Titelgr. 61 R 2 Richter	-	1	1			
A 12 Amtsräte	-	2	2			
	-	3	3			
Zusammen b)						
Insgesamt	7	10	9			

Dienststelle

Kapitel 02.010

3

- I B 1 -

# Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1988

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1988	1987	Istbesetzung am 1.1. 1987	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
				Angestellten	geführten Angestellten	
B 10 Regierungs- sprecher	1	1	1			
B 4 Gruppen- leiter Landeszen- trale für politische Bildung	1	1	1			
B 2 Referenten	3	3	3			
Vollbeschäftigte außeramtliche Angestellte	5	5	5			
Zusammen	5	5	5			
Auszubildende						



3

# Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1988

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1988	1987	Istbesetzung am 1. 1. 1987	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
				geführten		
			Angestellten	Angestellten	Arbeiter	
I BAT	3	3	3			
Ia "	3	3	3			
Ib "	4	5	4			
Ib/IIa "	-	1	1			
IIa/III "	1	1	1			
III "	2	2	2			
III/IVa "	6	6	6			
IVa "	3	3	3			
IVb "	8	8	8			
IVb/Vb "	10	9	9			
Vb "	1	1	1			
Vb/Vc "	10	11	11			
Vc "	10	9	9			
Vc/VIb "	14	13	13			
VIb "	23	21	19			
VIb/VII "	17	20	20			
VII/VIII "	51	51	51			
IXa/IXb "	10	10	10			
IXb/X "	5	6	1			3
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	5	5	5	-	-	-
	181	183	175	-	-	3
Zusammen	186	188	180	-	-	3
Auszubildende	-	-	-	-	-	-

I B 1

# Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1988

- Arbeiter -

Lohn- gruppe	Stellen für Arbeiter			Zahl der auf freien		
	1988	1987	Istbesetzung am 1. 1. 1987	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
geführten Arbeiter						
Leerstellen						
I BAT	1	1	Für den Fraktionsdienst beurlaubt.			
Ia BAT	1	1	Für eine Tätigkeit im Ver- bindungsbüro Brüssel beurlaubt.			
	2	2				
Titelgr. 61						
VII/VIII BAT	-	1	1			
	-	1	1			
Zusammen						
Auszubildende						

- I B 1 -

# Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1988

- Arbeiter -

Lohn- gruppe	Stellen für Arbeiter			Zahl der auf freien		
	1988	1987	Istbesetzung am 1. 1. 1987	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
geführten Arbeiter						
VIIIa/VIII MTL II	4	5	5			
VI MTL II	72	74	67			
V MTL II	10	9	9			
IV MTL II	1	-	-			
IV/III MTL II	2	3	3			
Zusammen	89	91	84			
Auszubildende	-	-	-			

4

# Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1988

- Arbeiter -

Lohn- gruppe	Stellen für Arbeiter			Zahl der auf freien		
	1988	1987	Istbesetzung am 1. 1. 1987	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
geführten Arbeiter						
Leerstelle	1	1	Beurlaubt zum Fraktions- dienst.			
Zusammen	1	1				
Auszubildende						



## 1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben

### Zu Titel 531 10 - Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)

Das Landespresse- und Informationsamt wird sich auch 1988 bemühen, Informationen für Bürgerinnen und Bürger zur Erklärung der Regierungspolitik, Service-Broschüren zur bürgernahen Erläuterung von Beschlüssen und Gesetzen und Vorhaben zur Förderung des Landesbewußtseins zu konzipieren und zu publizieren und die Medien umfassend zu informieren.

Nach aller Erfahrung nimmt das derzeitige öffentliche Interesse an Landespolitik stark zu. Politische Themen wie Umweltpolitik, Medienpolitik, die Rolle Nordrhein-Westfalens in der Bundesrepublik riefen Nachfragen nach Informationen der Landesregierung zu diesen Themen hervor. Das Prinzip des Landespresse- und Informationsamtes ist die sachliche, faire Information über die Politik der Landesregierung. Der Bürgernachfrage nach Information kann die Landesregierung angesichts der Haushaltslage seit Jahren nur in sehr engen Grenzen entsprechen.

Seit 1982 ist der Ansatz des LPA nominell unverändert geblieben - und somit seit Jahren real rückläufig. Die Folgen sind seither, und so wird es auch 1988 sein, Verzicht auf hohe Auflagen, Konzentration auf die wichtigsten Themen.

Die Stimme der Landesregierung im Bereich der gedruckten veröffentlichten Meinung ist auf das Minimum dessen begrenzt, mit dem das LPA seiner Informationspflicht gerade noch entspricht.

Seit 1982 weist das LPA auf die Preisanstiege bei Papier, Folien oder Zeitungen hin, die die jährlichen Ansätze real jeweils zwischen 10 und 15 Prozent vermindert haben. Hier ist nicht der übliche Preisindex maßgeblich, da das LPA vor allem von Preisanstiegen auf dem Papiermarkt und in der Druckindustrie betroffen ist. Hier sind die Mehrkosten seit 1982 in keinem Jahr im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr unter 15 Prozent geblieben.

Um den Spielraum für Öffentlichkeitsarbeit im größten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland nicht weiterhin extrem einzuschränken, würde für 1988 eigentlich eine Erhöhung derjenigen Ansätze um 15 Prozent erforderlich, bei denen die Preissteigerungen am spürbarsten zu Buche schlagen. Mit Blick auf die allgemeine Haushaltslage muß darauf auch 1988 verzichtet werden.

Für das Landespresseamt gilt seit Jahren das Gebot äußerster Sparsamkeit. Viele sinnvolle Projekte müssen deshalb verschoben oder aufgegeben werden. Dennoch bemüht sich das LPA nach Kräften, dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Information durch Publikationen angemessen zu entsprechen.

Wie es um den tatsächlichen Spielraum für Öffentlichkeitsarbeit steht, verdeutlicht anschaulich diese kleine Tabelle des Ist-Verbrauchs nach Sachkosten (II.) und Mittel für Öffentlichkeitsarbeit (I.) in den Jahren 1982 bis 1986:

	1982 Verbrauch	1983 Verbrauch	1984 Verbrauch	1985 Verbrauch	1986 Verbrauch
II. Sachkosten	506.488	560.665	657.637	559.302	599.839
I. Öffentlichkeitsarbeit	1.415.186	1.547.272	1.522.695	1.291.314	1.253.507
	1.921.674	2.107.938	2.190.332	1.968.450	1.978.907

Die gleiche Relation von Sachkosten (882.000 DM) und Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit (1.355.200 DM) zeichnet sich auch für 1987 ab.

Für 1988 schlüsselt sich unser Ansatz so auf:

939.800 DM Sachkosten und  
1.297.400 DM Mittel für Öffentlichkeitsarbeit.

Das Landespresse- und Informationsamt hält für 1988 folgende Vorhaben für unverzichtbar:

### I. Öffentlichkeitsarbeit

I.1 Informationsstände und Ausstellungen 245.000 DM

Die Informationsstände sollen wie in Vorjahren vornehmlich in nordrhein-westfälischen Klein- und Mittelstädten eingesetzt werden. Die bisherigen Themen werden um landespolitische Themen wie Information über das Land, Frauenpolitik, Umweltpolitik ergänzt.

I.2 Veröffentlichungen und Bürgerservice 254.400 DM

Hier sind Veröffentlichungen zu Schwerpunkten der Regierungsarbeit geplant. Es werden ressortübergreifende Themen wie Umweltschutz, Medien, Zukunftstechnologien behandelt. Lokale Medien sollen besser und umfassender informiert werden.

I.3 PR-Beiträge 30.000 DM



I.4 Pressekonferenzen, Journalisten-  
besuche, Pressefahrten 150.000 DM

Die bisher üblichen Veranstaltungen und Pressekonferenzen müssen auch 1988 eingeplant werden. Zwei Journalistenreisen, die dazu beitragen sollen, das Bild des Landes auch außerhalb Nordrhein-Westfalens realistischer zu beschreiben, sind vorgesehen.

I.5 Umsetzung Regierungserklärung 218.000 DM

Hier ist der inhaltliche Schwerpunkt auch 1988 die Förderung des Landesbewußtseins, z.B. durch Beteiligung des Landes an regionalen Aktivitäten, Publikationen über unser Land, eine Poster-Serie "Wir in Nordrhein-Westfalen"; zusätzlich soll das vorhandene Heft "Wir in Nordrhein-Westfalen" aktualisiert und fortgedruckt werden. Zusätzlich wird eine Konzeption für einen Video-Film und eine Dia-Wand über NRW vorbereitet.

I.6 Meinungsumfragen 400.000 DM

Auch 1988 sollen Meinungsumfragen als Information für die Arbeit der Landesregierung in Auftrag gegeben werden.

---

Summe I 1.297.400 DM

## II. Sachausgaben

### II.1 Zeitungsbezug 190.000 DM

Das Landespresse- und Informationsamt bezieht zur Auswertung rund 400 Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdienste. Die Zahl dieser Publikationen steigt durch die Einbeziehung von ausländischen Medien und Fachpublikationen an, die sich aus politischen Vorgaben (z.B. außenwirtschaftliche Aktivitäten, Vertretung des Landes in der EG) herleiten.

### II.2 Verwertungsgesellschaft "WORT" 115.000 DM

Der ausgewiesene Betrag ist aufgrund des Vertrages mit der VG "WORT" für Pressespiegelvergütung und Nachdrucke bildlicher Darstellungen zu zahlen.

### II.3 Nachrichtenübermittlung 60.000 DM

Mit diesen Mitteln werden die Kosten für den dpa-Dienst, den Funkfern-schreibempfänger und den Telekopierer abgedeckt.

### II.4 Beschaffung von Informationsdiensten und Material 420.000 DM

Hierin enthalten sind die Kosten für die Beschaffung von Papier und Druck der Presseschauen und Informationsdienste sowie die Nutzung der dpa-Datenbank. Hier ist erfahrungsgemäß mit überdurchschnittlichen Kostensteigerungen zu rechnen.

II.5 Bildstelle 58.300 DM

Die veranschlagten Kosten sind auf den tatsächlichen Bedarf ausgerichtet und berücksichtigen die üblichen Preissteigerungen.

II.6 Investitionen, Reparaturen 50.000 DM

Für die Neuanschaffung und Instandsetzung der technischen Geräte, die einem hohen Verschleiß ausgesetzt sind, sind diese Mittel erforderlich.

II.7 Nutzung moderner Kommunikations-Systeme für die Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes 46.500 DM

Neben den laufenden Kosten für die im Betrieb erforderlichen Systeme sind hier Mittel für einen weiteren Einsatz moderner Geräte zur Verbesserung des Service-Angebots des Landespresse- und Informationsamtes veranschlagt.

Summe II.	939.800 DM
Summe I.	1.297.400 DM
Summe II.	<u>939.800 DM</u>
<b>insgesamt</b>	<b><u>2.237.200 DM</u></b>

Zu Titel 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung -

Es wird auch weiterhin Aufgabe der Landesrepräsentation sein, die verstärkten Aktivitäten der Landesregierung im Sinne der Regierungserklärung aufrecht zu erhalten. Dazu gehört auch, nach dem Jubiläumsjahr der 40. Wiederkehr der Gründung des Landes verstärkt mit repräsentativen Veranstaltungen auf die Landesgeschichte Bezug zu nehmen und damit das Landesbewußtsein zu fördern. In Anlehnung an die Bundesländer mit langer Tradition ist dabei ein der Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechender Rahmen Voraussetzung.

Im einzelnen sind folgende Ausgaben vorgesehen:

<u>1. Jährlich wiederkehrende Veranstaltungen</u>	<u>geschätzte Kosten</u>
	DM
- Arbeitnehmeressen	50.000
- Volkstrauertag	8.000
- Rettungsmedaille	3.000
- Förderungspreis für junge Künstler	4.000
- Kunsthandwerkspreis	20.000
- Verleihung Landesorden (2 x im Jahr)	40.000
- Verleihung Staatspreis	10.000
- Sportplakette	15.000
	150.000
<u>2. Geplante Veranstaltungen</u>	
- zwei kulturelle Veranstaltungen	100.000
- Landesempfang	50.000
- Jugendveranstaltung	50.000
	200.000

3. Ausländische Besucher und Reisen  
des Ministerpräsidenten

- ca. 6 Besuche aus dem Ausland	160.000	
- ca. 6 Besuche im Ausland	200.000	
		360.000

4. Empfänge und sonstige Veranstaltungen der Landesregierung, die erfahrungsgemäß unabweisbar sind

150.000 150.000

5. Beschaffungen

240.000 240.000

insgesamt 1.100.000  
=====

Zu Vergleichszwecken sind im folgenden die Ansätze der anderen Bundesländer für Repräsentationszwecke dargestellt.

Mittel für Repräsentationszwecke der Staatskanzleien  
(teilweise einschl. der Verfügungsfonds)

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1987 DM	Ansatz 1986 DM	Ist 1985 DM
<u>Baden-Württemberg</u>			
02/0201/529 01 Zur Verfügung des MP für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	50.000	38.000	37.900
02/0202 529 06 Für besondere Aufwendungen der LR bei dienstlichen Anlässen	0*	1.000.000	1.000.000
02/0202/531 24 Für Aufwendungen aus Anlaß von Staatsbesuchen ausl. Staatsoberhäupter und ihrer Vertreter	0*	100.000	194.600
* Die Ansätze beider Titel sind nunmehr bei 02/0202/541 02 (neu eingerichtet!) veranschlagt.			
02/0202/541 02 Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung (Ersätze fließen den Mitteln zu)	1.600.000	(Neuveranschlagung)	
<u>Bayern</u>			
02/0201/529 01 Zur Verfügung des MP für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstl. Veranlassung in besonderen Fällen	137.500*	137.500*	106.400
* Hiervon sind 7.200 DM zur Verfügung des Vertreters des Ministerpräsidenten bestimmt.			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1987 DM	Ansatz 1986 DM	Ist 1985 DM
02/0201/529 03-3	36.000	(Neuveranschlagung)	
Zur Verfügung des Staats- ministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Ver- anlassung in besonderen Fällen			
02/0203/535 01	2.800.000	2.300.000	2.391.800
Repräsentative Verpflich- tungen der Staatsregierung			
02/0203/535 03	120.000	120.000	244.100
Aufwendungen aus Anlaß von Besuchen ausl. Staatsober- häupter und Regierungschefs			
02/0203/282 02	8.000	10.000	3.300
Zuschüsse aus dem Inland i.V. hiermit			
02/0203/537 01	8.000	10.000	3.300
Für besondere Zwecke aus Zuschüssen und anderen Zu- weisungen (Zufließvermerk aus Tit. 282 02)			
Erläuterungen zu 282 02 und 537 01:			
Die Staatskanzlei hat es nach einer Vereinbarung mit Inter Nationes e.V. übernommen, ausländische Gäste der Bundesregierung, die für eine Besuchs- und Informationsreise nach Bayern angemeldet werden, nach entsprechenden Richtlinien zu betreuen. Dem Freistaat Bayern hierdurch entstehende Kosten werden von Inter Nationes rückersetzt. Finanzieller Träger von Inter Nationes ist der Bund.			
<u>Berlin</u>			
0300/529 05	28.000	28.000	6.853
Repräsentationsmittel			
0300/531 03	8.000.000	5.200.000	5.821.697
Empfänge und Feierlichkeiten (aller Senatsverwaltungen)			
0300/542 01	500.000	100.000	-
Aufwendungen aus Anlaß der 750-Jahr-Feier			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1987 DM	Ansatz 1986 DM	Ist 1985 DM
<u>Bremen</u>			
02/0020/529 12	570.000	560.000	653.200
zur Verfügung des <u>Senats</u>			
<u>Hamburg</u>			
1100/529 01			
Verfüungsmittel des <u>Senats</u>			
1100/529 02			
Verfüungsmittel des Präsidenten des <u>Senats</u>			
		Haushalt 1987 - noch nicht verabschiedet -	
<u>Hessen</u>			
02/0201/529 01	46.000	46.000	46.000
Zur Verfügung des MP			
17/1702/545 01	800.000	900.000	749.900
Aufwendungen der Landesre- gierung aus dienstlicher Ver- anlassung			
<u>Niedersachsen</u>			
02/0201/529 01	85.000	85.000	85.000
Zur Verfügung des MP			
13/1302/529 01	1.450.000	1.045.000	1.281.000
Zur Verfügung der LR			
<u>Rheinland-Pfalz</u>			
02/0201/529 01	105.000*	105.000*	105.000*
Verfüungsmittel			
* davon 15.000 DM für den Chef der Statskanzlei			



Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1987 DM	Ansatz 1986 DM	Ist 1985 DM
02/0202/533 11 Ausgaben für Veranstaltungen	750.000	750.000	500.000 (Ansatz)
02/0202/534 01 Aufwendungen für die Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages	300.000	300.000	250.000 (Ansatz)
02/0202/534 02 Für Veranstaltungen "40 Jahre Rheinland-Pfalz"	450.000	(Neuveranschlagung)	
<u>Saarland</u>			
02/0201/529 01 Zur Verfügung des MP für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	25.000	25.000	24.900
02/0201/529 02 Zur Verfügung des MP für soziale kulturelle und wirtschaftliche Angelegenheiten einschl. der Gewährung von Ehrengaben, Ehrengeschenken an Vereine, Verbände, Organisationen usw.	200.000	200.000	147.700
02/0201/533 01 Kosten von Empfängen	140.000	140.000	149.800
<u>Schleswig-Holstein</u>			
03/0301/529 01 Zur Verfügung des MP für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen - Repräsentationsmittel - (Einseitig deckungsfähig zugunsten Titel 529 03 und gegenseitig deckungsfähig mit Titel 529 02)	375.000	375.000	355.000

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1987 DM	Ansatz 1986 DM	Ist 1985 DM
03/0301/529 02 Zur Verfügung des MP für die Betreuung israelischer Staats- bürger aus Schleswig-Holstein (Deckungsfähig mit Titel 529 01)	100.000	(Neuveranschlagung)	
03/0301/529 03 Zur Verfügung des MP für die Beteiligung des Landes an den Veranstaltungen der Kieler Woche (Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titel 529 01)	155.000	155.000	113.000
03/0301/653 01 Aufwendungen des Landes für internationale Veranstaltungen des Segelsports, insbesondere der Kieler Woche und der Travemünder Woche	110.000	110.000	94.400
03/0301/685 01 Zur Verfügung des MP für Auf- gaben auf kulturellem, sozia- lem und wirtschaftlichem Gebiet	1.300.000	1.300.000	1.260.000

1.3 Ausgaben für Investitionen

Zu Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus-  
rüstungsgegenständen -

- Ersatzbeschaffung einer Offset-Druckmaschine 70.000 DM

Die auszusondernde Druckmaschine wurde im Jahre 1981 beschafft. Durch den ständigen Einsatz ist sie in zunehmendem Maße störanfällig und wegen der häufigen Ausfälle für den Dienstbetrieb nicht mehr geeignet.

Im Zuge der Ersatzbeschaffung soll eine DIN A 3-Druckmaschine gekauft werden, durch die einerseits die in der Druckerei noch vorhandenen Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft, andererseits Arbeitserleichterungen für die Mitarbeiter geschaffen werden können.

- Ersatzbeschaffung eines Gabelstaplers 16.000 DM

Der in der Landeszentrale für politische Bildung vorhandene, im Jahre 1972 beschaffte Gabelstapler entspricht nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen.

- Ersatzbeschaffung einer Hebebühne 15.000 DM

Die in der Waschhalle des Fahrdienstes der Landesregierung eingesetzte Hebebühne wurde im Jahre 1980 beschafft. Durch den ständigen Einsatz bei hoher Luftfeuchtigkeit weist die Hebebühne erhebliche Mängel auf, die sich durch eine Reparatur nicht mehr beheben lassen.

#### 1.4 Titelgruppen

Zu Titelgruppe 60 - Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen -

Zu Titel 427 60 - Kosten für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte -

Zu Titel 526 60 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge -

Die Möglichkeit, externe wissenschaftliche Beratungstätigkeit in Anspruch zu nehmen, dient dem Ministerpräsidenten zur Wahrnehmung seiner Aufgaben unter ressortübergreifenden Gesichtspunkten. Für die Erarbeitung mittel- und langfristiger Entscheidungshilfen als Grundlage planvollen politischen Handelns muß ein Grundstock an Mitteln vorhanden sein, um auf aktuelle Problemstellungen und politische Entscheidungen flexibel reagieren und akut benötigtes Material beschaffen zu können.

Die vorgesehenen Mittel dienen der Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen für die Regierungsplanung. Hierzu zählen:

- Die Vergabe von Gutachten und Forschungsaufträgen,
- die Gewinnung von Wissenschaftlern zur gezielten zeitweiligen Mitarbeit an Planung und Diskussion zukünftiger Regierungstätigkeit,
- zeitweilige externe Zu- und Mitarbeit in Kommissionen der Landesregierung oder zu besonderen Anlässen und
- Erwerb sonst nicht erhältlicher Gutachten, die zum Kauf angeboten werden, für andere Auftraggeber gefertigt wurden oder die Umsetzung vorhandener Expertisen aus anderen Bundesländern oder dem Bund auf Nordrhein-Westfalen.

Soweit absehbar, ist für 1988 die Inanspruchnahme wissenschaftlichen Sachverständigen für folgende Bereiche vorgesehen:

- Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf ausgewählte Politikbereiche,
- Bio- und Gentechnologien und-
- Alternative Energien (Sonnenenergie und Wasserstoffproduktion).

Zu Titel 531 60 - Kosten der Veröffentlichung von Untersuchungsberichten -

Druckkosten für die Veröffentlichung des Berichts des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Uni Bielefeld im Auftrag der Staatskanzlei und der Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung "Bevölkerungsentwicklung in NRW".

Das Vorhaben wird damit abgeschlossen.

Zu Titelgruppe 70 - Erprobung und Anwendung neuer Technologien  
für Zwecke der Staatskanzlei -

Auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 10.06.1985 über die Möglichkeiten des Einsatzes der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien hat die Staatskanzlei im Jahre 1986 nach einer entsprechenden Ausschreibung die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) beauftragt, eine Bedarfsanalyse sowie ein Technikkonzept für die Einführung von Bürokommunikation im Geschäftsbereich Ministerpräsident/Staatskanzlei zu erarbeiten. Dieses Konzept ist Anfang 1987 fertiggestellt worden. In Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik sowie mit der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung ist die erforderliche Umsetzung des Konzeptes vorbereitet worden. Die notwendige Ausschreibung wird im Rahmen der im Haushaltsjahr 1987 verfügbaren Haushaltsmittel durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik im Auftrage der Staatskanzlei in einem I. Teilschritt durchgeführt. Weitere Maßnahmen, insbesondere die Beschaffung eines zentralen Servers einschließlich der Vernetzung von Arbeitsplatzrechnern sowie der Zugang zu externen Informationsdiensten und Datenbanken ist für das Haushaltsjahr 1988 vorgesehen.

Im einzelnen sind für das Haushaltsjahr 1988 unter anderem die Beschaffung des bereits erwähnten Servers, der Grundlage für die Vernetzung von vorhandenen und noch zu beschaffenden Einzelplatzsystemen ist, die Beschaffung von Zentraleinheiten mit zugehörigen Druckern und die Einrichtung von bildschirmgerechten Arbeitsplätzen durch die Beschaffung von funktionsgerechtem Arbeitsmobiliar (Titel 812 70) vorgesehen. Mit der stärkeren Nutzung externer Datenbanken erhöhen sich naturgemäß die Kosten für deren Inanspruchnahme (Titel 538 70) sowie die Kosten für Standleitungen zu anderen Rechenzentren, z.B. LDS (513 70).

Nach Ablauf der 1. Probephase im Haushaltsjahr 1987 verringert sich im Jahre 1988 der Ansatz für die Anmietung von EDV-Anlagen, Geräten und Maschinen (Titel 518 70), da beabsichtigt ist, im Haushaltsjahr 1988 aufgrund der gewonnenen Erfahrungen verstärkt Geräte anzukaufen und nicht mehr zu mieten.

Mit einem verstärkten Einsatz der EDV ergibt sich ein erhöhter Bedarf für die Schulung der Mitarbeiter (Titel 525 70).

Bei Titel 526 70 ist ein Betrag ausgewiesen, der für eine gutachtliche Untersuchung über den Einsatz von EDV im Registraturwesen vorgesehen ist.

Die bei Titel 513 70 vorgesehenen Leitungskosten ergeben sich aus der vorgesehenen verstärkten Vernetzung der EDV-Arbeitsplätze und aus der dezentralen Unterbringung der Staatskanzlei.

Die vorgesehenen Maßnahmen im Haushaltsjahr 1988 dienen in einer 2. Stufe der Realisierung des Pilotversuchs und sind in enger Kooperation mit entsprechenden Versuchen der anderen obersten Landesbehörden abgestimmt.

II. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen -

1. Einnahmen

Zu Titel 251 00 - Zuweisung des Bundes im Rahmen der Finanzierung des Akademienprogramms -

1. Bund und Länder haben am 28. November 1975 eine Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b GG geschlossen. Für die Finanzierung der Akademienvorhaben - die jeweils unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel durch ihre gesetzgebenden Körperschaften steht - ist zwischen Bund und Ländern ein Schlüssel von 50 : 50 vertraglich festgelegt (Artikel 6 Abs. 1 Nr. 6 der Vereinbarung).
  
2. Zur Ausführung der oben genannten Rahmenvereinbarung Forschungsförderung sind zwischen Bund und Ländern verschiedene Ausführungsvereinbarungen getroffen worden, u.a. die hier maßgebliche "Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung eines von der Konferenz der Akademien der Wissenschaften koordinierten Programms (Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm)" vom 12. Dezember 1978/ 19. Oktober 1979. Aufgrund dieser "Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm" fördern Bund und Länder gemeinsam ein von der Konferenz der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland koordiniertes Programm (§ 1 Abs. 1).

Bei Abschluß der Ausführungsvereinbarung wurden zahlreiche Einzelvorhaben vorläufig in die gemeinsame Förderung aufgenommen. Hierbei war das Land insgesamt nur mit vier Einzelvorhaben vertreten. Es handelt sich um folgende Projekte:



- Herausgabe des Reallexikons und des Jahrbuches für Antike und Christentum,
- Herausgabe der Gesammelten Werke G.F.W. Hegels,
- Sammlung, Kommentierung und Herausgabe von Papyrus-Urkunden,
- Herausgabe der Acta-Pacis-Westphalicae.

Zwischenzeitlich wurden noch die Forschungsvorhaben

- Patristik (1981/1984),
- Deutsche Inschriften des Mittelalters (1981),
- Großräumige Klimaänderungen und ihre Bedeutung für die Umwelt (1982),
- Averroes-Latinus Edition (1984)

in die Förderung einbezogen.

3. Im Haushaltsplanentwurf 1988 ist die Aufnahme von zwei wissenschaftlichen Gemeinschaftswerken

- Junger Vulkanismus in der Eifel,
- Radioastronomische Untersuchungen auf dem Stockert

in das Akademienprogramm vorgesehen.

4. Gemäß § 3 Abs. 4 der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm stellt jedes Sitzland seiner Akademie den für die gemeinsam geförderten Vorhaben erforderlichen Finanzbedarf zur Verfügung (siehe Kapitel 02 020 Titel 685 10 - Zuschuß an die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften -).

## 2.1 Zuweisungen und Zuschüsse

### Zu Titel 684 20 - Zuschuß an die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen -

Im Lande Nordrhein-Westfalen bestehen z.Zt. 16 Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit; hiervon werden 15 Gesellschaften z.Zt. vom Land gefördert. Der Anteil der einzelnen Gesellschaften am Gesamtzuschußbetrag ist unterschiedlich. Er wird in Höhe des im jeweiligen Haushaltsplan ausgewiesenen Fehlbedarfs bewilligt. Für 1988 sind Zuschüsse zwischen 5.300 DM und 70.000 DM vorgesehen.

Die Gesellschaften werden überwiegend nebenamtlich geführt. Lediglich die in den großen Städten Dortmund, Düsseldorf und Köln bestehenden Gesellschaften haben eine hauptamtliche Geschäftsführung mit je einer Stelle nach Vergütungsgruppe V b BAT (in Dortmund und Düsseldorf als Teilzeitbeschäftigung). Bei der Gesellschaft in Siegen ist eine Stelle nach Vergütungsgruppe VIb BAT für eine Bürokräft eingerichtet (ebenfalls als Teilzeitbeschäftigung).

Im Juni dieses Jahres hat sich in Paderborn eine neue Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit konstituiert. Der noch unbekannte Finanzbedarf dieser Gesellschaft konnte im Haushaltsansatz für 1988 noch nicht berücksichtigt werden.

Zu Titel 685 10 - Zuschuß an die Rheinisch-Westfälische  
Akademie der Wissenschaften -

1. Die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften wird aufgrund des Gesetzes über die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften vom 16. Juli 1969 (GV.NW. S. 531) tätig. Eine Darstellung über die Akademie und ihre Aufgaben einschließlich der wissenschaftlichen Gemeinschaftswerke war für die Haushaltsberatungen des Jahres 1986 der Vorlage 10/227 als Anlage 2 beigelegt.

2. Gemäß § 26 Abs. 3 LHO ist in die Erläuterungen zu Titel 685 10 eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften aufgenommen. Der Haushaltsplanentwurf 1988 der Akademie ist als Anlage beigelegt.

Anlage

3. Der Zuschuß des Landes an die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 810.700 DM. Dieser Erhöhungsbetrag gliedert sich wie folgt:

Keine Erhöhung im Stammhaushalt der Akademie	0 DM
Erhöhung bei den wissenschaftlichen Gemeinschaftswerken (Alt-Vorhaben) (Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen)	+ 68.700 DM
Übernahme von zwei wissenschaftlichen Gemeinschaftswerken	+ 442.000 DM
Einsatz von EDV-Anlagen bei den wissenschaftlichen Gemeinschaftswerken	+ 300.000 DM

Die zur Übernahme in das Akademienprogramm vorgesehenen zwei naturwissenschaftlichen Vorhaben

- Junger Vulkanismus in der Eifel und
- Radioastronomische Untersuchungen auf dem Stockert

wurden bisher aus Mitteln des Einzelplans 06 (Kapitel 06 040 Titel 685 51) mit einem Betrag von insgesamt 221.000 DM (1987) gefördert.

Die Veranschlagung für 1988 sieht somit keine Erhöhung des bisherigen Fördervolumens vor, sondern berücksichtigt lediglich etwaige Komplementärmittel des Bundes, die als Einnahme bei Titel 251 00 veranschlagt sind.

Da z.Zt. nicht mit Sicherheit feststeht, ob und ggf. in welcher Höhe sich der Bund an den Ausgaben für die zwei genannten naturwissenschaftlichen Vorhaben sowie an den Ausgaben für den Einsatz von EDV-Anlagen beteiligen wird, ist für diese Ausgaben in Gesamthöhe von 742.000 DM ein Sperrvermerk ausgebracht. Die Aufhebung des Sperrvermerks wird von der Bereitstellung komplementärer Bundesmittel abhängen.

4. Die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften erhält die Landeszuwendung zur institutionellen Förderung auf der Grundlage eines Zuwendungsvertrages, der mit einjähriger Frist zum Jahresende gekündigt werden kann.

Nach dem Zuwendungsvertrag ist das Land verpflichtet, der Akademie das Personal (Bedienstete der Staatskanzlei) zur Durchführung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des Landeshaushaltsplans unter Zugrundelegung der im Stellenplan des Ministerpräsidenten - Staatskanzlei - dafür ausgebrachten Stellen zur Verfügung zu stellen; die Akademie hat daher kein eigenes Personal. Die im Jahre 1988 dafür vorgesehenen Stellen sind in den Erläuterungen zu Titel 685 10 aufgeführt.

Zu Titel 685 11 - Zuschuß für das NRW-Büro in Brüssel -

1. Zur Einrichtung des Büros:

Das Verbindungsbüro Nordrhein-Westfalen in Brüssel hat am 22. September 1986 seine Arbeit aufgenommen. Es war zunächst behelfsmäßig in einem sogenannten "Bürotel" in der Brüsseler Innenstadt untergebracht. Offiziell wurde das Büro am 28. Oktober 1986 in Brüssel eröffnet.

Seit dem 16. Juni 1987 befindet sich das Büro in unmittelbarer Nähe der EG-Kommission in einem von der WestLB angemieteten und restaurierten Gebäude und ist mit allen technischen Einrichtungen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ausgestattet.

Das Büro ist besetzt mit dem Leiter, seiner Stellvertreterin und zwei Halbtags-Sekretärinnen. Alle Mitarbeiter des Büros sind Bedienstete der WestLB, unterliegen hinsichtlich Art und Umfang der Aufgabenerledigung jedoch ausschließlich den Weisungen des Chefs der Staatskanzlei.

Auf der Grundlage des zwischen dem Land und der WestLB geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages führt die WestLB alle zur Unterhaltung des Büros erforderlichen kaufmännischen, technischen und organisatorischen Maßnahmen durch. Das Land erstattet der WestLB die dadurch entstehenden Kosten; die Bank erhält darüber hinaus ein jährliches Entgelt für ihre Tätigkeit.

2. Aufgaben des Büros und Erwartungen an die Tätigkeit seiner Mitarbeiter

Anläßlich eines Empfangs beim Bezug der neuen Räume am 16.06.1987 in Brüssel ist die Bedeutung Nordrhein-Westfalens

für die Europäische Gemeinschaft und die Wirkung von EG-Entscheidungen auf die Landespolitik verdeutlicht worden. Das Büro in Brüssel soll helfen, frühzeitig von den Interessen der anderen Partner in der EG zu erfahren und unsere Interessen einzubringen. Ein verbesserter und stetiger Informationsfluß zwischen Brüssel und Nordrhein-Westfalen erfordert die Herstellung und Pflege guter Kontakte zu den Institutionen der Gemeinschaft. Gleichzeitig soll das Büro auch das Land Nordrhein-Westfalen bei den EG-Institutionen bekanntmachen und für seine Interessen werben. Dabei wird nicht erwartet, daß das Büro an bestehende Regelungen der EG-Förderprogramme vorbei besondere Vorteile für Nordrhein-Westfalen erzielt. Ziel ist vielmehr, die bestehenden Möglichkeiten auszunutzen und ggf. neue Möglichkeiten zu erschließen. Bereits in den ersten Monaten der Tätigkeit des Büros wurden Defizite in diesen Bereichen festgestellt und aufgearbeitet.

### 3. Aufgabenerledigung durch das Büro

Den Mitarbeitern des Büros ist es nach relativ kurzer Zeit gelungen, zahlreiche Kontakte zur Kommission, zum Europäischen Parlament, zu den offiziellen Vertretern der Bundesregierung bei der EG, den Vertretern anderer Bundesländer, zur Presse und zu Vertretern von Verbänden und Institutionen aus Wirtschaft und Wissenschaft herzustellen. Die Präsenz einer NRW-Interessenvertretung ist dabei allgemein begrüßt worden.

Insbesondere ist es gelungen, durch zahlreiche Kontakte in die Generaldirektionen der EG-Kommission hinein den Informationsfluß zur Landesregierung erheblich zu beschleunigen. Auf diese Weise konnten auf Initiative des Büros sehr frühzeitig zahlreiche ressortübergreifende Gespräche geführt und interministerielle Aktivitäten angeregt werden, mit denen sichergestellt wurde, daß die Interessen Nordrhein-Westfalens bei der EG berücksichtigt werden können.

Beispielhaft sind zu nennen:

- Initiative zur Steigerung der aus den Sozialfonds geförderten Projekte,
- Informationen über neue Förderungsvorstellungen der Kommission bei den Regionalfonds,
- Informationsveranstaltung über Forschungsprogramme auf dem Gebiet der Informationstechnik und Telekommunikation,
- Analyse, Bewertung und ressortübergreifende Erarbeitung einer Stellungnahme zum Delors-Papier.

Nachbereitende Kontakte des Verbindungsbüros zu den zuständigen Institutionen und Gremien bei der EG stellen sicher, daß diese frühzeitig über die Auffassung der Landesregierung NRW informiert werden.

Auch die Bemühungen von ZENIT, den Zuschlag als eine von 28 EG-weiten Beratungsstellen für kleinere und mittlere Unternehmen in einer Pilotphase zu erhalten, konnten vom Verbindungsbüro NRW in Brüssel wirksam unterstützt werden und zum Erfolg führen.

#### 4. Verbindungsbüro vermittelt Kontakte zwischen NRW und EG

Eine wichtige Funktion des Büros liegt in der Vermittlung von Kontakten zwischen Gesprächspartnern aus NRW und den Institutionen der EG. Besonders bewährt haben sich dabei gerade in der Anfangsphase persönliche Kontakte durch Besuche von Mitgliedern des Landtags, der Landesregierung und Mitarbeitern der Ressorts bei EG-Institutionen. Aber auch viele Einzelpersonen, Verbände und Institutionen nehmen inzwischen die Dienstleistungen des Büros bei der Vorbereitung von Besuchen, Vermittlung von Gesprächsterminen und Bereitstellung von Informationen in Anspruch.

## 5. Ausblick

Nach etwa neunmonatiger Tätigkeit (zum Zeitpunkt der Erarbeitung dieses Beitrages) können Auslastung der Mitarbeiter, Angemessenheit des Aufwandes und voraussichtliche Kostenentwicklung noch nicht abschließend beurteilt werden. Dies wird erst nach Vorliegen eines ausführlichen Erfahrungsberichtes Anfang 1988 und einer dann möglichen Analyse der Kosten möglich sein. Bereits jetzt kann aber gesagt werden, daß das Büro über die ursprünglichen Erwartungen hinaus die Kontakte zwischen Nordrhein-Westfalen und den Europäischen Gemeinschaften verbessert und zahlreiche Möglichkeiten erschlossen hat, die Verbindungen Nordrhein-Westfalens zu den Europäischen Gemeinschaften zu vertiefen und für das Land zu nutzen.

## 6. Kostenplan

Für das Verbindungsbüro in Brüssel sind im Haushaltsjahr 1988 folgende Ausgaben vorgesehen:

1. Personalausgaben		616.000 DM
2. Sächliche Verwaltungsausgaben		299.000 DM
- Miete und Nebenkosten	122.000 DM	
- Telefax, Telefongebühren, Porti, Fotokopien	45.000 DM	
- Bücher, Zeitschriften, Informationsdienste	8.000 DM	
- Reisekosten	25.000 DM	
- Repräsentation, Besucherbetreuung	71.000 DM	
- Geschäftsbedarf, Büromaterial, Druckkosten	6.400 DM	
- Beschaffungen	3.000 DM	
- Sonstiges (u.a. Übersetzungen, Gutachten, Wartung Telefonanlage)	18.600 DM	
		<hr/>
		915.000 DM



## 7. Erhöhung des Ansatzes

Die Bezüge des Leiters des Verbindungsbüros sind nach dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien nach belgischem Steuerrecht zu versteuern, weil die Bezüge nicht unmittelbar aus einer öffentlichen Kasse gezahlt werden. Der Bund vertritt nach wie vor die Auffassung, daß ländereigene Büros in Brüssel aus verfassungsrechtlichen Gründen nur in privatrechtlicher Organisationsform eingerichtet werden dürfen. Eine Änderung des Rechtsstatus des NRW-Büros ist gegenwärtig nicht angezeigt. Da die belgische Einkommensteuer (Spitzensteuersatz z. Zt. 76,3 %) wesentlich höher ist als die deutsche, dem Bediensteten jedoch aus der Wahrnehmung der im Interesse des Landes liegenden Aufgabe in Brüssel keine Nachteile erwachsen sollen, ist dem Bediensteten der Unterschiedsbetrag vertragsgemäß zu erstatten.

Einschließlich der auf diese Erstattungen weiterhin zu zahlenden Steuern ergibt sich voraussichtlich der zunächst geschätzte Mehrbetrag. Es ist beabsichtigt, beim Bundesminister der Finanzen ein Verständigungsverfahren mit dem Königreich Belgien mit dem Ziel anzuregen, die Bediensteten der Länderbüros von der belgischen Versteuerung auszunehmen.

## 2.2 Titelgruppen

### Zu Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern -

### Zu Titel 531 71 - Für die Durchführung entwicklungspolitischer Symposien -

Die Landesregierung hat im November 1986 in Duisburg das Symposium "Die Dritte Welt und wir" mit den Themenbereichen:

- Kulturelle Identität,
- Neue Technologien für die Dritte Welt und
- Studium bei uns

erfolgreich durchgeführt.

Teilnahme und Interesse der Besucher an den Themen waren hoch; die Medien berichteten breit.

Die Ergebnisse des Symposiums, die veröffentlicht werden, haben der Entwicklungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen neue Impulse und wichtige Erkenntnisse gegeben.

Es ist folgerichtig, daß weitere Symposien mit entwicklungspolitischen Themen durchgeführt werden. Für das Jahr 1988 sind mehrere kleine dezentral durchgeführte Maßnahmen geplant, um eine größere und breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Die geplanten Veranstaltungen richten sich an Vertreter von Wissenschaft, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft und Medien, an die regionalen politischen Repräsentanten sowie an die Dritte-Welt-Gruppen im Land.

Vorgesehen sind drei Symposien, vier Wochenendseminare und die Erstellung einer Informations- und Argumentationsmappe für alle Veranstaltungen.

Zu Titel 541 71 - Durchführung einer Landesausstellung "Die Dritte Welt und wir" und Veranstaltungen des Landes zur Dritte-Welt-Informationsarbeit -

Die Landesausstellung "Die Dritte Welt und wir" wurde im Mai 1985 anlässlich des Deutschen Evangelischen Kirchentages im Düsseldorfer Landesmuseum Volk und Wirtschaft eröffnet und während der Präsentation in der Landeshauptstadt von rund 30.000 Besuchern gesehen.

Seit Juli 1985 steht die Ausstellung Kommunen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden und Dritte-Welt-Gruppen im Land für eigene Präsentationen zur Verfügung.

Von diesem Angebot wurde rege Gebrauch gemacht: Bis Ende 1987 wird sie an 31 Orten im Land von weit über 100.000 Menschen besucht worden sein.

Die Ausstellung soll auch im Jahr 1988 gezeigt werden. Sie bietet den örtlichen Dritte-Welt-Gruppen eine gute Möglichkeit, sich und ihre Projekte zugunsten der Menschen in der Dritten Welt einem größeren Publikum vorzustellen. Die Entleiher haben oft Rahmenprogrammveranstaltungen mit Diskussionen, Filmen, Theater und Kultur der Dritten Welt zur Ausstellung angeboten, die von der Bevölkerung gut angenommen wurden. Alle diese Maßnahmen tragen dazu bei, daß insgesamt ein besseres Verständnis für die Probleme der Länder der Dritten Welt erreicht werden konnte.

Die Staatskanzlei hat die dezentralen Präsentationen der Ausstellung als Mitveranstalter unterstützt. Bei vielen Eröffnungsveranstaltungen haben Mitarbeiter der Staatskanzlei referiert.

Anfang 1987 wurden die Ausstellungstafeln ausgebessert und - soweit erforderlich - auch inhaltlich den veränderten Umständen angepaßt. Aufgrund der häufigen Transporte ist damit zu rechnen, daß auch im Jahr 1988 Ausgaben für Fortschreibung und Reparatur der Ausstellungsexponate anfallen werden.

Als Begleitmaterial zur Landesausstellung wird seit April 1986 der "Informationsdienst Dritte Welt in Nordrhein-Westfalen" verteilt. Neben der Bekanntgabe von Terminen stellen sich in ihm Gruppen aus der privaten, kirchlichen, schulischen und öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit vor. Der Dienst dient ferner dazu, das Verständnis für die Entwicklungshilfepolitik in der Bevölkerung zu verbreiten.

Der Informationsdienst wird in einer Auflage von 6.000 Exemplaren pro Quartal verteilt.

Für das Jahr 1988 ist ferner die Herausgabe einer breit zu streuenden Broschüre über die nordrhein-westfälische Entwicklungszusammenarbeit geplant.

Zu Titel 681 71 - Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in den Entwicklungsländern -

In meiner Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 habe ich u.a. angekündigt, daß junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen mehr Gelegenheit haben sollen, unmittelbar in Ländern der Dritten Welt zu helfen. Daraus ist das Programm "Konkreter Friedensdienst" der Landesregierung Nordrhein-Westfalen entstanden.

Aus dem Programm "Konkreter Friedensdienst" werden seit dem 1. Juli 1986 3- bis 12-wöchige Aufenthalte in Ländern der Dritten Welt gefördert, bei denen junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen in Workcamps, laufenden Entwicklungsprojekten oder bei einzeln geplanten Arbeitseinsätzen mitarbeiten und im Umfeld dieser Maßnahme leben. Zuwendungen erfolgen in Form von Festbeträgen als Zuschüsse zu den Reisekosten sowie Pauschalen für medizinische Untersuchungen, Impf- und Versicherungskosten.

Mit der Durchführung des Programmes ist aus Gründen der Verwaltungskostenersparnis die Carl-Duisberg-Gesellschaft betraut worden.

Das Programm ist sehr gut angenommen worden. Im Zeitraum Juli 1986 bis Juni 1987 wurden von 256 Personen, die im Rahmen des Programms in die Dritte Welt gereist sind, 110 Personen gefördert.

Die Projekte, in denen die Teilnehmer des Programms gearbeitet haben, sind sehr unterschiedlich. So wurden Projekte im landwirtschaftlichen Bereich, im Erziehungsbereich, im Gesundheitswesen und in der Fürsorge betreut. Die Teilnehmer des Programms setzen sich aus Schülern, Studenten und jungen Berufstätigen zusammen; ebenso unterschiedlich wie die Projekte und die Teilnehmer waren auch die Beweggründe (politische, christliche oder speziell auf Probleme der Dritten Welt bezogene) für die Teilnahme am Konkreten Friedensdienst.

Die Anregung des Hauptausschusses bei den Haushaltsberatungen 1987, die Programmrichtlinie weiterzuentwickeln, wurde erfüllt. Die Mindestaufenthaltsdauer wurde auf 25 Tage, die Mindestreisedauer auf 4 Wochen verlängert. Diese Regelung hat sich außerordentlich bewährt, da dadurch Interessenten mit vornehmlich touristischen Absichten von vornherein von einer Antragstellung abgehalten worden sind. Darüber hinaus hat das Beratungsgremium sehr starken Wert auf die Beschreibung der eigenen Arbeitsleistung der Antragsteller gelegt.

Bei der Prüfung der Verwendungsnachweise wurden strenge Maßstäbe angelegt. In einem Fall mußte der verantwortliche Leiter den bewilligten und ausgezahlten Zuschuß zurückzahlen, weil die Angaben bei der Antragstellung nicht mit dem tatsächlichen Reiseverlauf übereinstimmten.

Zu Titel 684 71 - Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit -

Mit der Landesausstellung "Die Dritte Welt und wir" hat die Staatskanzlei begonnen, mit den Dritte-Welt-Gruppen im Land zusammenzuarbeiten. Viele dieser Gruppen führen zum Teil schon seit langer Zeit Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit durch, indem sie mit Informationsständen, Seminaren oder Ausstellungen über die Probleme der Dritten Welt informieren. Andere Gruppen würden dies gerne tun, sind aber aufgrund fehlender finanzieller Mittel oft dazu nicht in der Lage.

Seit 1986 gewährt die Landesregierung daher Zuschüsse an Dritte-Welt-Gruppen im Land für Maßnahmen und Aktivitäten, die einen Beitrag dazu leisten, über die Probleme in der Dritten Welt zu informieren und zu eigenem Tun und Handeln anzuregen. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen, die geeignet sind, direkt oder über Multiplikatoren bisher entwicklungspolitisch nicht motivierte Personen anzusprechen.

Vielfach handelt es sich um kleinere Maßnahmen, die gefördert werden, an deren Zustandekommen das Land im Rahmen seiner entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit jedoch ein erhebliches Interesse hat und die ohne die Zuwendungen des Landes nicht oder nicht in dem notwendigen Umfang durchgeführt werden könnten.

In einigen Fällen wurden Zuwendungen bewilligt für die erstmalige Beschaffung von Dritte-Welt-Literatur. Die dadurch entstandenen Dritte-Welt-Medienzentren stehen auch der Bevölkerung offen; vielfach wird das Angebot von Lehrern zu Unterrichtsvorbereitungen benutzt. Weiter wurden Zuwendungen bewilligt für Seminare, kleinere Ausstellungen in der Trägerschaft von Dritte-Welt-Gruppen, für Diskussionsveranstaltungen, für die Erstellung von Informations- und Arbeitsmaterial sowie für die Durchführung von Dritte-Welt-Wochen.

Das Landesprogramm ist außerordentlich gut angenommen worden. In den Jahren 1986 und 1987 konnten rund 120 Veranstaltungen bezuschußt werden.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit dem Programm ist damit zu rechnen, daß es auch im Jahre 1988 entsprechend nachgefragt werden wird.

Zu Titel 685 71 - Zuschüsse zu Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Inland -

Zu Titel 686 71 - Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland -

Zu Titel 896 71 - Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland -

I. Grundsätze der Förderung von Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland

Auslandsprojekte werden seit 1985 in Ausführung des Beschlusses der Landesregierung vom 31. Januar 1984 durchgeführt. Angesichts der beschränkten Mittel hat sich die Landesregierung dabei zunächst auf die drei Schwerpunktländer Volksrepublik China, Sambia und Tunesien konzentriert. In den Jahren 1986 und 1987 sind darüber hinaus Projekte in Mittel- und Lateinamerika (Nicaragua, Brasilien und Ecuador) gefördert worden. Generell gelten für die Auswahl von Projekten die im Beschluß der Landesregierung vom 31. Januar 1984 festgelegten Kriterien, nämlich:

- Mit dem Projekt soll ein Beitrag zur strukturellen Verbesserung geleistet werden und es soll der Bevölkerung des Entwicklungslandes unmittelbar nutzen. Mit den Maßnahmen soll die Eigeninitiative angeregt, die Bildung und

und Ausbildung verbessert und die gewerbliche und berufliche Tätigkeit gefördert werden.

- Das Projekt soll keine isolierte Einzelmaßnahme sein, sondern hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen und vor allem hinsichtlich seiner Wirkung im Entwicklungsland dauerhaft sein.
- Projekte werden bis zu einem Stand gefördert, ab dem sie vom Entwicklungsland selbst übernommen werden können. Als Partner werden daher solche Entwicklungsländer bevorzugt, die einen gewissen Entwicklungsstand erreicht haben, der sie auch in die Lage versetzt, mit eigenen Kräften und Mitteln Projekte weiterzuführen.
- Mit der Durchführung der Projekte werden erfahrene Trägerorganisationen beauftragt.

Diese Konzentration hat sich bewährt, die Projekte verlaufen erfolgreich, die Projektfortschritte entsprechen den Erwartungen.

## II. Sachstand bei den Auslandsprojekten im einzelnen

### 1. Volksrepublik China - Beitrag zum Aufbau der Fachhochschule Ningbo

Der Minister für Wissenschaft und Forschung fördert mit Unterstützung des Ministerpräsidenten den Aufbau der Fachhochschule Ningbo (Provinz Zhejiang). Vorgesehen ist eine Finanzierung des Projektes für insgesamt fünf Jahre (bis 1989) mit jährlich 200.000 DM. Diese Absicht ist in einem "Gemeinsamen Protokoll zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Provinz Zhejiang über den Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zum Aufbau der Fachhochschule Ningbo" festgelegt worden.



Das Land berät die Fachhochschule Ningbo bei der Entwicklung von Studiengängen, stellt technische Einrichtungen für die Fachbereiche Elektrotechnik (Datenverarbeitungsanlage) und Bauingenieurwesen (Labor) sowie eine Druckmaschine zur Verfügung und beabsichtigt, über den Gesamtzeitraum des Projektes insgesamt dreißig Stipendien für die Dauer von je einem Jahr zur Fortbildung des chinesischen wissenschaftlichen Personals bereitzustellen.

Die Druckmaschine und 16 Personalcomputer sind geliefert und in Betrieb genommen; im laufenden Jahr ist die Lieferung des Baustofflabors, dessen wesentlicher Bestandteil eine Baustoffprüfpresse ist, vorgesehen.

## 2. Volksrepublik China - Einsatz von Senior-Experten in der Wirtschaftskommission der Stadt Wuhan

Mit diesem Projekt wird der Einsatz von Senior-Experten des Senior-Experten-Service in Betrieben und Unternehmen der Stadt Wuhan (Umweltschutz-Technologie, Modernisierung der Produktion u.a.) mit insgesamt 50.000 DM finanziert. Bei allen Einsätzen handelt es sich um die Aus- und Fortbildung des örtlichen Personals und Anleitung zur Selbsthilfe.

## 3. Sambia - Ausbau von Produktion, ländlichem Kleinstgewerbe, Dorfhandwerk und Handel

Das gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der sambischen Partnerorganisation Village Industry Service (VIS) durchgeführte Projekt zielt auf die Förderung der Handwerker und Kleinstgewerbetreibenden im ländlichen Raum Sambias. Im Jahre 1985 wurden mit dem Bau einer Lagerhalle in Lusaka und der Beschaffung eines LKW's für den Transport der auf dem Lande produzierten Güter in die Hauptstadt die wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau eines Marktsystems geschaffen.

Das Projekt ist 1986 mit dem Ausbau der Lagerhalle in Lusaka (Einweihung am 24. Juli 1986 unter Teilnahme von Präsident Kaunda), der Errichtung von einfachen Gewerberäumen zur Vermietung an Handwerker und Gewerbetreibende und einer Verbesserung der Ausstattung des VIS fortgesetzt worden. Die strukturelle Entwicklung der ländlichen Gebiete wird durch die Bereitstellung zusätzlichen Gewerberaumes im Jahre 1987 gefördert.

Das Projekt wird durch Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Handwerker und Gewerbetreibende im technischen Bereich und in den Bereichen Buchhaltung, Betriebswirtschaft und Produktionsvermarktung ergänzt.

4. Tunesien - Orthopädiezentrum in Sfax/Haus für Behinderte in Sfax/Haus für Behinderte in Nabeul

Gemeinsam mit der Carl-Duisberg-Gesellschaft, Landesstelle Nordrhein-Westfalen, hat das Land in den Jahren 1985 - 1987 verschiedene Einrichtungen zur Verbesserung der Versorgungslage orthopädisch Kranker und Behinderter im südlichen Tunesien gefördert. Kernstück dieser Förderung ist das Orthopädiezentrum in Sfax, das nach Ergänzung seiner technischen Ausrüstung und vor allem durch die Ausbildung der Orthopädie-Techniker durch Experten nunmehr Modellcharakter für den gesamten Raum hat. Der Ausbau des Orthopädiezentrums in Sfax ist abgeschlossen. Das Zentrum entspricht nunmehr gutem europäischen Standard und wird - ohne weitere Förderung - selbständig von den Trägern fortgeführt.

Das in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Orthopädiezentrum befindliche und von einer Elterninitiative 1974 gegründete "Haus für Behinderte" in Sfax steht in sinnvoller Verbindung zum Orthopädiezentrum. Der vom Land finanzierte Ausbau des Bewegungsbades und die Einrichtung verschiedener Sozialräume sowie die Ausstattung der Behindertenwerkstätten ist ebenfalls abgeschlossen.

Das Land hat seit 1986 den Ausbau der Behindertenschule in Nabeul gefördert. Integraler Bestandteil dieser Sonderschule ist der Aufbau der medizinischen Versorgung.

Die Förderung von Häusern für Behinderte in Sfax und Nabeul sowie die Unterstützung des Aufbaus einer Produktionsstätte für Rollstühle haben insgesamt dazu beigetragen, die Grundlagen für die Verbesserung der Situation zahlreicher orthopädisch Kranker und Behinderter zu schaffen.

5. Brasilien - Unterstützung des Aufbaus eines Kinder- und Jugenddorfes in Brasilien

Das Land leistet mit der Finanzierung von Familienhäusern einen Beitrag zur Errichtung eines Kinder- und Jugenddorfes in Salinas, Region Nova Friburgo. Endziel des auf drei Jahre Bauzeit konzipierten Projektes ist es, ein Jugenddorf für sogenannte "alleingelassene Kinder" zu errichten, das gleichzeitig Modell und Ausgangspunkt für eine ländlich strukturierte Regionalentwicklung ist. Kinder und Jugendliche leben in Familiengruppen in den Familienhäusern. Im Dorf selbst werden daneben ein Lehr- und Sozialzentrum, ein Schulzentrum mit Kindergarten, ein Handwerkszentrum und ein landwirtschaftliches Zentrum errichtet. Diese Einrichtungen stehen auch der Bevölkerung der Region zur Verfügung. Dadurch bleibt das bestehende Sozialgefüge der ländlichen Bevölkerung erhalten.

Das Kinderdorf ist gesellschaftlich eng in die Umgebung integriert. Bei der Errichtung sind vor allem Hilfskräfte und Bauarbeiter aus den umliegenden Dörfern eingesetzt. Dies verhindert die Abwanderung in die Städte. Die Ausbildung der Waisen und Sozialwaisen mit

den Kindern der altansässigen Bevölkerung in verbesserten Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung gibt Chancen zur eigenständigen Weiterentwicklung der ganzen Region. Der angestrebte Modellcharakter dieser Einrichtungen ist bereits jetzt erreicht und findet immer weitere Verbreitung.

Das vom Land 1986 finanzierte Familienhaus wird in diesem Jahr als erstes Haus bezogen; das 1987 finanzierte Haus wird rechtzeitig vor Jahresende fertiggestellt.

#### 6. Verbesserung der Wasserversorgung in Jinotega/Nicaragua

Das Land fördert mit dem Förderverein "Freundschaft mit Jinotega e.V., Solingen" eine private Initiative, die sich sehr engagiert um eine Lösung der Wasserversorgungsprobleme in der Stadt Jinotega bemüht. Nach Erstellung eines Gutachtens durch einen Experten hat der Förderverein nun begonnen, mit Mitteln des Landes ein Notprogramm für die Versorgung der bisher noch nicht an die Wasserleitungen angeschlossenen Stadtteile zu realisieren. Das Projekt "Wasserversorgung für Jinotega" wird als "Pilotprojekt" für Nicaragua eingestuft. Eine Weiterförderung ist vorgesehen.

### III. Auslandsprojekte im Jahre 1988

Die positiven Erfahrungen mit den begonnenen Projekten rechtfertigen die Fortsetzung des Engagements in den Ländern der Dritten Welt im Jahre 1988. Entscheidungen über die konkrete Verwendung der beantragten Mittel in Höhe von 1,2 Millionen DM können allerdings frühestens zum Ende des Jahres 1987 getroffen werden. Dies liegt vor allem daran, daß die Trägerorganisationen, die das Land mit der Durchführung seiner Projekte beauftragt, regelmäßig erst in der

zweiten Jahreshälfte ihre Planungen für das Folgejahr erstellen. Ein weiterer Grund ist, daß die Landesregierung bei einigen Projekten vor ihrer Entscheidung über die Übernahme einer (Teil-)Finanzierung die Ergebnisse von Voruntersuchungen zum Bedarf, zu den Realisierungschancen und zur strukturellen Wirkung der Maßnahmen prüfen will.

Soweit 1987 bereits Entscheidungen getroffen und Aufträge an Trägerorganisationen erteilt werden können, steht hierfür im Haushalt des Jahres 1987 eine Verpflichtungsermächtigung bei Titel 686 71 in Höhe von 1 Mio. DM zu Lasten des Haushaltes 1988 zur Verfügung.

Die zu fördernden Projekte werden aus den vorliegenden und aus den noch zu erwartenden Anträgen nach Abstimmung mit dem Interministeriellen Koordinierungsausschuß für Entwicklungszusammenarbeit ausgewählt.

Bei den 1985/1986 bereits begonnenen und 1987 fortgesetzten Projekten wird die Landesregierung dabei ihr Ziel verfolgen, diese Projekte nur so lange zu fördern, bis eine Übergabe an die Partner in den Entwicklungsländern zur eigenständigen Weiterführung möglich ist. Dies betrifft - nach bereits vorliegenden Anträgen -

- a) den weiteren Ausbau der Fachhochschule Ningbo,
- b) den weiteren Ausbau des Kinderdorfes Rio,
- c) die Fortsetzung der Förderung des Village Industry Service und der Ausbau des Vermarktungssystems für ländliche Handwerker und Kleinstgewerbetreibende (wird derzeit geprüft).

Zusätzlich ist die weitere Förderung des Fördervereins "Freundschaft mit Jinotega" mit dem Ausbau der Wasserversorgung für Jinotega und der weitere Einsatz von Senior-Experten geplant.

Bei der Auswahl weiterer Projekte werden die sektoralen und regionalen Schwerpunkte aus dem Beschluß der Landesregierung vom 31. Januar 1984 die Entscheidungskriterien bilden.

Zu Titelgruppe 81 - Kabelpilotprojekt Dortmund -

Das auf drei Jahre befristete Kabelpilotprojekt Dortmund hat am 1. Juni 1985 seinen Betrieb aufgenommen. Insgesamt umfaßt das Versuchsgebiet in der Dortmunder Innenstadt ca. 44.000 Haushalte und ca. 95.000 Einwohner. Bis zum 30. November 1986 waren 10.009 Teilnehmer an das Kabelnetz und das Kabelpilotprojekt angeschlossen. Nach Ablauf der Subventionsfrist (November 1986) stagnieren die Teilnehmeranträge, teilweise mit leicht rückläufiger Tendenz: Ende Juni 1987 wurden 9.676 Teilnehmer registriert.

Der WDR bietet im Kabelpilotprojekt Dortmund zehn Rundfunkversuchsprogramme an: ein lokales Fernsehprogramm, ein Fernseh-Wiederholungsprogramm mit Sendungen vom Vortag ("Gestern"), je einen Offenen Kanal im Hörfunk und Fernsehen, vier Spartenprogramme im Fernsehen (Sport und Information; Bildungskanal; Kulturkanal; Unterhaltungskanal), ein Videotext-Programm (auf neun verschiedenen Kanälen im Umfang von ca. 2.000 Seiten) und ein lokales Hörfunkprogramm ("Radio Dortmund").

Das ZDF ist am Kabelpilotprojekt Dortmund mit einem Rundfunkversuchsprogramm, dem "ZDF-Musikkanal", beteiligt.

Zu Titel 526 81 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge -

1. Die wissenschaftliche Begleitforschungskommission des Landes zum Kabelpilotprojekt Dortmund wurde am 7. September 1984 konstituiert. Ihr gehören neun Sachverständige aus den Bereichen Sozialwissenschaft, Publizistikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Rechtswissenschaft und Erziehungswissenschaft an. Mit den Sachverständigen wurden im Jahre 1984 Werkverträge bei einem Honorar von je 10.000 DM

für das Jahr 1984 und je 20.000 DM für die Jahre 1985, 1986, 1987 und 1988 abgeschlossen. Die Werkverträge sind bis zum 31. Dezember 1988 befristet. Für das Jahr 1988 ergibt sich demnach ein Finanzbedarf von 180.000 DM. Für Reisekosten, die bei den Mitgliedern der landeseigenen Begleitforschungskommission anfallen, ist im Haushaltsjahr 1988 ein Betrag von 20.000 DM zu veranschlagen. Für die landeseigene Begleitforschungskommission entstehen demnach im Haushaltsjahr 1988 insgesamt Aufwendungen in Höhe von 200.000 DM.

Die Begleitforschungskommission hat bis August 1987 25 Sitzungen abgehalten. Sie hat ein Forschungsdesign entwickelt, eine Vielzahl von Einzeluntersuchungen auf den Weg gebracht und konzeptionell mitgestaltet, die Zwischenergebnisse der noch laufenden und die Endergebnisse der schon abgeschlossenen Untersuchungen ausgewertet und analysiert, zu verschiedenen Fortschreibungsbereichen Arbeitsgruppen gebildet und bisher zwei Jahresberichte über ihre Tätigkeit vorgelegt. Die Kommission wird in Kürze ihren dritten Jahresbericht mit detaillierten Angaben über die bereits vorliegenden Forschungsergebnisse erarbeiten.

2. Im Jahre 1988 fallen die umfangreichen Arbeiten zur Auswertung des Kabelpilotprojektes und der im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Pilotprojekt durchgeführten Einzeluntersuchungen an. Die Begleitforschungskommission wird im Jahre 1988 ihren Abschlußbericht erarbeiten. Zur Unterstützung der Kommission bei der Auswertung der für die Erarbeitung des Abschlußberichtes relevanten Materialien und bei der Erstellung des Abschlußberichtes soll im Jahre 1988 im Wege des Werkvertrages ein wissenschaftlicher Mitarbeiter beschäftigt werden. Zu diesem Zweck ist für das Jahr 1988 ein Betrag von 80.000 DM zu veranschlagen. In dem Betrag sind auch Mittel für Sachaufwendungen enthalten, die bei der Tätigkeit des wissenschaftlichen Mitarbeiters entstehen.



3. Gemäß § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 3 Kabelversuchsgesetz NW ist es notwendig, Einzeluntersuchungen über die Nutzungsmöglichkeiten und die Wirkungen bei der Nutzung der Breitband- und Rückkanaltechnik unter Einbeziehung von Bildschirmtext sowie neuester Technologien in Auftrag zu geben. Während im Jahre 1985 lediglich Voruntersuchungen vergeben wurden, lag der zeitliche Schwerpunkt der Vergabe von Einzeluntersuchungen zur Langzeit- und Strukturanalyse in den Jahren 1986 und 1987. Der Großteil dieser Forschungsvorhaben wird erst im Laufe des Jahres 1988 abgeschlossen werden. Für die Durchführung der Untersuchungen sind im Haushaltsplanentwurf 1988 575.000 DM veranschlagt. Es handelt sich um folgende Forschungsprojekte:

- "Repräsentative Haushaltsumfragen im Versuchsgebiet des Kabelpilotprojektes Dortmund" (infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft Bad Godesberg GmbH);
- "Kommunikatoruntersuchung im Kabelpilotprojekt Dortmund" (Professor Dr. Ronneberger, Universität Erlangen/Nürnberg);
- "Auswirkungen lokaler Programmangebote auf die politische Kultur in Dortmund" (Dr. Jarren, Freie Universität Berlin);
- "Familie und erweitertes Medienangebot" (Professor Dr. Hurrelmann, Universität Bielefeld);
- "Inhaltsanalyse zum lokalen publizistischen Angebot in Dortmund" (Hans-Bredow-Institut an der Universität Hamburg);
- "Diffusion von Innovation im Kabelpilotprojekt Dortmund" (Institut für Publizistik der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster);

- "Vergleichende Organisationsanalyse der Lizenzierungs- und Aufsichtsgremien für den privaten Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland unter Einschluß der Lizenzierungs- und Aufsichtsgremien in den vier Kabelpilotprojekten" (Dr. Hellstern, Freie Universität Berlin; Professor Dr. Hoffmann-Riem, Hans-Bredow-Institut an der Universität Hamburg; Professor Dr. Reese, Gesamthochschule Kassel);
- "Entwicklungsbedingungen und -perspektiven der Sende-, Übertragungs- und Empfangstechnik für Hörfunk- und Fernsehprogramme" (Battelle-Institut, Frankfurt am Main);
- "Kosten und Finanzierung von Programmangeboten des lokalen Rundfunks (Hörfunk und Fernsehen) unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen" (Dr. Brepohl, Institut der deutschen Wirtschaft Köln);
- "Rechtsprobleme des Datenschutzes bei den Neuen Medien" (Dr. Scherer, Universität Frankfurt am Main).

4. Im Jahre 1988 werden die Abschlußberichte zu verschiedenen, im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Kabelpilotprojekt stattfindenden Einzeluntersuchungen vorgelegt werden. Auch wird die Begleitforschungskommission des Landes im Jahre 1988 ihren zusammenfassenden Abschlußbericht vorlegen. Um diese Berichte einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sollen sie in einer Schriftenreihe der Landesregierung publiziert werden. Hierfür ist im Jahre 1988 ein Betrag von 200.000 DM erforderlich.

III. Kapitel 02 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von  
Frau und Mann -

Zu Titel 526 00 - Kosten für Sachverständige und Unter-  
suchungsvorhaben -

Die Mittel sind vorgesehen für Forschungsprojekte und für fachliche und methodische Beratung bei frauenpolitisch relevanten Fragestellungen und Maßnahmen, u.a.

- Projekt "Entwicklung von Hilfen für kommunale Gleichstellungsstellen und Initiativen"
- Projekt "Frauen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen"
- Projekt "Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Unterrichtsgestaltung von Lehrern und Lehrerinnen und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Kinder"
- Projekt "Auseinandersetzung zwischen Frauenbewegung und traditioneller Medizin"
- Projekt "Hilfen für ausländische Mädchen zwischen Elternhaus und deutschem Umfeld"
- Projekt "Entwicklung von Hilfen und Initiativen zur Unterstützung von Mädchen bei der Berufswahlentscheidung"
- Projekt "Frauen- und familienfreundliche Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs"
- Projekt "Politikzugänge von weiblichen Angestellten im öffentlichen Dienst, in Industrieverwaltungen und in Organisationen ohne Erwerbscharakter"
- Projekt "Unterrepräsentation von Frauen im Schulbereich"

Zu Titel 531 00 - Werbungs- und Aufklärungsmaßnahmen -

Das Ziel der Frauenpolitik, eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft zu fördern und Diskriminierungen abzubauen, erfordert eine Bewußtseins- und Verhaltensänderung von Frau und Mann.

Dies ist nur zu einem geringen Teil durch administrative Maßnahmen möglich. Einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit kommt daher hier eine besondere Bedeutung zu.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang insbesondere der Informationsdienst "Wir Frauen in Nordrhein-Westfalen" und weitere Veröffentlichungen in der Schriftenreihe der PStG.

Die Mittel werden schwerpunktmäßig für Veranstaltungen und Veröffentlichungen eingesetzt, u.a. über Fragen der schulischen Bildung, für die verbesserte Information von Frauen und Mädchen über Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, zur Förderung der Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie der Rolle der Frau in der Gesellschaft.

Zu Titel 541 00 - Durchführung von Veranstaltungen, Fort-  
bildungs- und Informationstagungen -

Mit diesen Mitteln sollen Informations- und Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt werden, die der Intensivierung der Aufklärungsarbeit über die Probleme der Mädchen und Frauen im Bildungsbereich, in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft, in Politik, Kirche etc. dienen und Aktivitäten von Frauenverbänden und -initiativen gezielt unterstützen.

So sollen u.a. aufgrund vorliegender Forschungsergebnisse Fachtagungen, z.B. zu dem Thema "Gewalt in der Familie", veranstaltet werden; jährliche Tagungen werden mit dem DGB-Landesfrauenausschuß, dem Landesfrauenrat NW und den kommunalen Gleichstellungsstellen durchgeführt.

Darüber hinaus ist geplant, das 5. Frauenforum im Revier der Universität Dortmund zu fördern.

Zu Titel 684 10 - Zuschüsse zu den Personalausgaben an 37  
(36) Träger von Zufluchtsstätten für  
mißhandelte Frauen -

Das Frauenhausförderprogramm der Landesregierung konnte 1987 auf 36 Zufluchtsstätten für körperlich und seelisch mißhandelte Frauen und ihre Kinder ausgedehnt werden. Im Haushaltsjahr 1988 soll ein weiteres Frauenhaus in die Förderung einbezogen werden.

Das Förderprogramm sichert anteilige Personalkosten für die Betreuung der betroffenen Frauen und ihrer Kinder. Neben den bereits früher geförderten Personalkosten für eine Fachkraft (Sozialarbeiterin/-pädagogin) und eine Hilfskraft werden seit 1986 auch die Kosten für eine Erzieherin zur besonderen Betreuung der im Frauenhaus lebenden Kinder anteilig in die Förderung einbezogen.

Im Übrigen geht die Landesregierung davon aus, daß ihre Hilfe nur subsidiär greifen kann und die Finanzierung der Frauenhäuser grundsätzlich eine kommunale Aufgabe darstellt.

Zu Titel 684 20 - Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Selbsthilfegruppen -

Im Jahre 1986 hat das Land im Rahmen eines Förderungsprogramms damit begonnen, den Trägern von Frauenberatungsstellen anteilige Personalkostenzuschüsse zu gewähren. Frauenberatungsstellen erhalten eine Grundförderung entsprechend den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familien- und Lebensberatungsstellen - Runderlaß des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 28.04.1983 - MBl. NW. 1983 S. 932 - aus Einzelplan 07 Kapitel 07 050 Titel 684 60 sowie eine Ergänzungsförderung unter frauenpolitischen Gesichtspunkten aus Einzelplan 02 Kapitel 02 030 Titel 684 20. Frauenberatungsstellen unterscheiden sich von den traditionellen Familien- und Lebensberatungsstellen u.a. dadurch, daß sie von unabhängigen selbstorganisierten Fraueninitiativen und -gruppen auf örtlicher Ebene getragen werden. Als Selbsthilfegruppen gestalten sie ihr Arbeitskonzept eigenverantwortlich und unter wesentlicher Einbeziehung der ratsuchenden Frauen in diesen Prozeß (Hilfe zur Selbsthilfe). Sie sehen es als ihre Aufgabe an, ein Angebot frauenspezifischer Therapie und Beratungsarbeit vorzuhalten, das auf einer besonderen Berücksichtigung des weiblichen Lebenszusammenhanges beruht. Die internen Arbeitsbeziehungen sind durch kollegiale Leitungsformen und Verzicht auf Hierarchie gekennzeichnet.

Im übrigen geht die Landesregierung davon aus, daß ihre Hilfe nur subsidiär greifen kann und die Finanzierung dieser Einrichtungen grundsätzlich eine kommunale Aufgabe darstellt.

Zu Titel 684 30 - Zuschüsse zu Maßnahmen zur Aktivierung  
von Frauen in Schwerpunktbereichen der  
Frauenpolitik, u.a. im ehrenamtlichen  
Bereich -

Frauen nehmen ein breites Spektrum von Aufgaben des öffentlichen Lebens bei Verbänden und Organisationen sowie Selbsthilfegruppen wahr.

Durch die Förderung solcher Maßnahmen soll es Frauen ermöglicht werden, sich neue Chancen der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu erschließen, Verzerrungen abzubauen und die politische Bedeutung dieser Arbeit bewußt zu machen.

Seit 1986 wird aus diesem Titel auch die Förderung des Landesfrauenrates NW (vorher MAGS) abgewickelt.



Zu Titel 685 10 - Modellmaßnahmen zur Öffnung neuer Berufswege für Mädchen und Frauen und zur Wiedereingliederung in den Beruf -

Im Rahmen eines Modellprojektes zur Berufsorientierung von Mädchen sollen verschiedene Ansatzpunkte genutzt werden, um Mädchen im gesamten Prozeß der Berufsfindung zu unterstützen, wobei der Schwerpunkt auf qualifizierten zukunftssträchtigen Berufen liegen soll. Dabei sollen Schule, Berufsberatung, Kammern, Betriebe, Projekte der Jugendarbeit mit Mädchen, kommunale Gleichstellungsstellen usw. in ein integriertes Konzept eingebunden werden.

Die Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben nach einer familienbedingten Berufspause ist ein wichtiges Aufgabengebiet in der Politik der Landesregierung. Angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation kommt der Erarbeitung von Hilfen eine besondere Bedeutung zu. Es sollen deshalb die in Zusammenarbeit mit einigen Volkshochschulen entwickelten Konzepte für Wiedereingliederungskurse weiterentwickelt und die Erfahrungen an die Gruppen, die solche Maßnahmen durchführen, übermittelt werden.

Gefördert werden soll zusätzlich die Entwicklung von Modellen, die es Frauen ermöglichen, die berufliche Qualifikation während der Familienphase zu erhalten (z.B. regelmäßige Urlaubsvertretung, Beteiligung an betrieblicher Fortbildung).

Vorgesehen sind:

- Modellmaßnahmen zum Abbau von Hindernissen, die der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen entgegenstehen.

IV. Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung -

Zu Titel 534 10 - Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung -

Bei diesem Titel sind die Kosten für die Durchführung eigener Seminare, Tagungen, Konferenzen in alleiniger Verantwortung der Landeszentrale oder in Kooperation mit Partnern aus dem Bereich der politischen Bildung veranschlagt. Außerdem sind hier die Mittel veranschlagt für die Produktion, den Ankauf und die Verteilung bzw. Verbreitung von Publikationen und audiovisuellen Arbeitsmitteln sowie Maßnahmen aus besonderen Anlässen.

Aus den ständigen Aufgaben der Landeszentrale, die politische Bildung und die politische Kultur in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den Bereichen von Schulen, Hochschulen, außerschulischer Jugendbildung und politischer Weiterbildung zu fördern, mit dem Ziel, die Bürger in ihrer Bereitschaft zur Wahrnehmung demokratischer Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu unterstützen und darüber hinaus das Interesse und Engagement für deutsch-deutsche, europäische und internationale Probleme und deren friedliche Lösung zu stärken, wird die Landeszentrale mit folgenden Schwerpunkten die Arbeit der Jahre 1986 und 1987 fortsetzen:

- Zustand und Zukunft von Arbeitswelt, Gesellschaft und Umwelt
- Neue Medien und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Weiterbildung
- Landesbewußtsein, Landesgeschichte und aktuelle Probleme der Zeitgeschichte
- Europapolitische Bildungsarbeit
- Deutsch-israelische und deutsch-jüdische Beziehungen
- Parteien, Demokratie und politische Kultur
- Jugend, Jugendarbeit, Jugendpolitik
- Deutsch-deutsche Beziehungen
- Ausländische Arbeitnehmer, Ausländerpolitik

Im Rahmen dieser Schwerpunkte wird der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Institutionen, Einrichtungen, Verbänden und Organisationen besondere Bedeutung zukommen.

#### Europapolitische Bildungsarbeit

Im Hinblick auf die 1989 stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament wird die Landeszentrale das Interesse an Europa und insbesondere am Europäischen Parlament und an der Europäischen Gemeinschaft durch zahlreiche Initiativen im Bereich von Publikationen, audiovisuellen Medien und Veranstaltungen zu fördern versuchen. Schwerpunkt im Jahr 1988 wird eine europapolitische Bildungswoche in Bad Meinberg sein.

#### Landesbewußtsein

Im Hinblick auf die Förderung des Landesbewußtseins wird die Landeszentrale die Reihe "Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens" durch den Band 4 zum Thema "Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen" fortsetzen sowie für alle Bürger eine kleine politische Landeskunde in der Schriftenreihe "Grundinformation Politik" herausgeben und zur bevorstehenden Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen geeignete Publikations- und AV-Medienbeiträge erarbeiten.

#### Deutsch-israelische Beziehungen

Die deutsch-israelischen Beziehungen stellen einen besonderen Schwerpunkt der Landeszentrale im Bereich der internationalen Beziehungen dar. Sie sollen weiterhin durch Veranstaltungen und durch Aktivitäten im Bereich von Publikationen und AV-Medien fortgesetzt werden.

Zu Titel 534 20 - Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder-  
und Jugendbücher -

Die Erhöhung des Ansatzes um 15.000 DM ist erforderlich, um den Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher friedenspädagogisch besser bekannt zu machen und auszuwerten:

- durch Veranstaltungen mit Autoren und Rezensenten und
- durch eine weitergespannte Verteilung der prämierten und empfohlenen Bücher an Jugendbildungseinrichtungen.

Zu Titel 534 30 - Kosten einer ständigen Ausstellung zur Ge-  
schichte des Landes Nordrhein-Westfalen -

Aus Anlaß des vierzigjährigen Jubiläums des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Landeszentrale für politische Bildung in Dortmund und Düsseldorf die Ausstellung "Im Westen was Neues" gezeigt, die von insgesamt mehr als 60.000 Besuchern gesehen wurde.

Um diese Ausstellung als dauerhaften Beitrag zur Förderung des Landesbewußtseins zu nutzen, sollen die erforderlichen Vorarbeiten für eine Dauerausstellung an einem geeigneten Standort durchgeführt und die Ausstellungskonzeption im Hinblick auf eine Dauerausstellung erweitert werden.

Mit diesen Vorarbeiten muß im Jahre 1988 begonnen werden.

Zu Titel 684 10 - Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen  
Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung,  
der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Wolfgang-  
Döring-Stiftung, der Karl-Arnold-Stiftung und  
der Josef-Hermann-Dufhues-Stiftung -

Aufgliederung des Ansatzes 1988 entsprechend dem seit 1969 verbindlichen Schlüssel zwischen den Zuwendungsempfängern. Die veranschlagten Mittel sind wie in den Vorjahren als Zuwendungen zu den zahlreichen politischen Bildungsveranstaltungen und zu den für die Mitarbeiter entstehenden Personalkosten vorgesehen.

Zu Titel 684 20 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit -

Die Mittel werden aufgrund der in der Regel vor Beginn eines jeden Haushaltsjahres gestellten Jahresanträge der Träger der Weiterbildung bewilligt. Zusätzlich werden auch Anträge auf Bewilligung von Zuwendungen zu einzelnen Veranstaltungen im Laufe des Haushaltsjahres gestellt. Dabei werden besondere politische Bildungsmaßnahmen des Landesverbandes der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V., einzelner Volkshochschulen sowie weitere Einzelprojekte der politischen Bildung verschiedener Adressatengruppen berücksichtigt.

Zu Titel 893 00 - Zuschüsse für den Bau und die Einrichtung von Häusern der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen -

Für das Haushaltsjahr 1988 wurde der Ansatz auf 0 gesetzt.

Folgende Neubau- und Baumaßnahmen wurden seit Beginn der Förderung im Haushaltsjahr 1977 mit Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert. Bei der Aufstellung bleiben Zuwendungen für Baumaßnahmen, die im Einzelfall unter 100.000 DM liegen, und Zuwendungen für ausschließlich energiesparende Maßnahmen unberücksichtigt:

(Baumaßnahmen:		
Gesamtfördervolumen für 14 Bildungsstätten:		31.126.873 DM
Energiesparmaßnahmen		
Gesamtfördervolumen für 12 Bildungsstätten:		1.813.480 DM
sowie zur Ablösung von Schuldverpflichtungen für 2 Einrichtungen:		1.600.000 DM)

Bildungseinrichtung	Zuwendungsfähige Gesamtausgaben DM	Höhe der Landesermächtigung/DM
<u>1. Friedrich-Ebert-Stiftung</u>		
Ausbau Lehrgebäude in Münstereifel - 85/86 -	1.350.579	800.000
<u>2. Gustav-Stresemann-Institut</u>		
Neubau einer Tagungsstätte - 85/87 -	19.011.330	8.000.000
<u>3. HVHS "Haus Neuland"</u>		
Erweiterungsbau - 79/83 -	8.280.000	4.140.000
Umbaumaßnahmen - 83/85 -	2.160.000	1.065.500



4. <u>Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.</u>		
Bausanierung - 87 -	2.518.000	450.000
5. <u>Karl-Arnold-Stiftung</u>		
Erweiterungsbau der Bildungsstätte - 79/83 -	5.401.966	2.165.181
6. <u>Kolping-Bildungsstätte Soest</u>		
Einrichtung von Schulungsräumen - 80 -	440.065	220.000
7. <u>Neue Gesellschaft Niederrhein HVHS Stenden</u>		
Anbau Internatsgebäude - 78/80 -	2.998.000	1.450.000
8. <u>Seminar für Staatsbürgerkunde, Olpe</u>		
Pol. Akademie Biggesees Neubau und Ersteinrichtung - 78/81 -	9.400.000	4.350.000
9. <u>Stiftung für christlich-soziale Politik und Bildung</u>		
Bau der HVHS "ZAK" - 85/87 -	15.500.000	6.700.000
10. <u>Willi-Eichler-Bildungswerk e.V.</u>		
Erwerb und Einrichtung eines Hauses in Münster-eifel - 78 -	<u>1.133.626</u>	<u>550.000</u>
Insgesamt:	68.193.566	30.340.681
	=====	=====

Zu Titelgruppe 60 - Ausgaben des Europa-Beauftragten -

Zu Titel 547 60 - Sächliche Verwaltungsausgaben -

Dieser Titel ist neu eingerichtet und tritt an die Stelle des bisherigen Titels 547 10.

1988 ist das Jahr vor der dritten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahre 1989. Basierend auf den Erfahrungen im Vorfeld der Europawahlen der Jahre 1979 und 1984 wird die europapolitische Arbeit sowohl des Europabeauftragten der Landesregierung von NRW als auch der Landeszentrale für politische Bildung erheblich zunehmen.

Für 1988 bieten sich folgende Aktivitäten an:

- Broschüren zu den Themen "Nordrhein-Westfalen und die Europäische Gemeinschaft" und "Das Europäische Parlament"
- Broschüre über "Funktionen und Leistungen des direkt gewählten Europäischen Parlaments"
- Informationsbriefe des Europabeauftragten der Landesregierung von NRW zur Europawahl
- Öffentlichkeitsarbeit des Europabeauftragten der Landesregierung von NRW in verschiedenen Presseorganen, Tagespresse, Europäische Zeitung etc.
- Plakatwettbewerb
- Europabriefe zur Europawahl
- Veranstaltungen des Europabeauftragten in Zusammenarbeit mit Institutionen, Einrichtungen, Verbänden, Städten und Gemeinden etc.. Hierher gehört auch die Zusammenarbeit mit der Landesektion des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, deren Präsident der Europabeauftragte der Landesregierung von NRW ist.

Zu Titel 684 60 - Zuschüsse zur Förderung und Verbreitung des  
Europa-Gedankens -

Dieser Titel wird neu eingerichtet.

Aus den bisher bei Titel 547 10 veranschlagten sächlichen Verwaltungsausgaben des Europabeauftragten der Landesregierung von NRW konnten aus haushaltssystematischen Gründen keine Zuschüsse gegeben werden. Es hat sich aber in den vergangenen Jahren gezeigt, daß es zahlreiche Institutionen und Adressatengruppen im Bereich der Europapolitik gibt, die Veranstaltungen durchführen und deren Förderung und Unterstützung durch den Europabeauftragten sinnvoll ist. Die Verbreitung des Europa-Gedankens kann nicht nur durch den Europabeauftragten erfolgen. Hierzu bedarf es der Mitarbeit zahlreicher Adressaten.

Dabei geht es auch um die Unterstützung und Förderung internationaler Veranstaltungen mit einem internationalen Teilnehmerkreis, da die Verbreitung des Europa-Gedankens und die europäische Integration ohne Zusammenarbeit mit den Partnern, insbesondere aus den EG-Mitgliedstaaten, nicht denkbar ist.

V. Kapitel 02 610 - Verfassungsgerichtshof für das Land  
NordWestfalen -

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen hat seine Anmeldung zum Haushaltsplanentwurf 1988 wie folgt begründet:

"Die Haushaltsansätze der letzten Jahre werden voraussichtlich auch für das Haushaltsjahr 1988 ausreichen."

*Baumgarten*

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Entwurf des Haushaltsplans 1988

nach Beratung in der Klasse für Geisteswissenschaften  
am 26. November 1986 und in der Klasse für Natur-,  
Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften am 3. Dezember 1986  
durch das Präsidium der Rheinisch-Westfälischen Akademie der  
Wissenschaften in den Sitzungen am 14. Januar 1987 und am  
18. Februar 1987 aufgestellt.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988 DM 3	Ansatz 1987 DM 4	mehr (+) weniger (-) DM 5	Rechnung 1986 in 1000 DM 6
1	2				
<u>I. EINNAHMEN</u>					
119 10	Vermischte Einnahmen	---	---	---	
119 20	Einnahmen aus Ver- veröffentlichungen	27 000	22 000	5 000 (+)	62
124 10	Mieten und Pachten -"Mehreinnahmen dürfen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 519 10 verwendet wer- den".-	35 000	40 000	5 000 (-)	45
252 10	Zuschuß des Landes NRW	4 531 900	3 661 200	870 700 (+)	3223
282 00	Zweckgebundene Spenden und Zuwendungen Dritter	---	---	---	
		4 593 900 =====	3 723 200 =====	870 700 (+) =====	

---

E r l ä u t e r u n g e n

---

Zu Titel 119 20:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus den Verlagsrückflüssen für die Akademieveröffentlichungen gemäß § 7 Abs. 2 des Verlagsvertrages. Die Einnahmen sind geschätzt. Mehr aufgrund der Ergebnisse der Vorjahre.

Zu Titel 124 10

Veranschlagt sind die Mieten aus der Vermietung des HdW sowie die Miet- und Pachteinahmen aus Verträgen mit WDR, AGR und Mietwohnung des HdW.

Die Einnahmen sind geschätzt. Weniger durch Wegfall von Einnahmen (Verminderung der WDR-Umlage).

Zu Titel 252 00:

Veranschlagt sind die bei Epl. 02 Kapitel 02 020 Titel 685 10 des Landeshaushalts bereitgestellten Mittel.

Zu Titel 282 00:

Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Spenden und Zuwendungen Dritter.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6

II. AUSGABEN

A. Personalausgaben

412 00	Entschädigungen an die Mitglieder der Rhein.-Westf. Akademie der Wissenschaften gemäß § 17 Abs. 2 der Akademiesatzung	90 000	90 000	---	81
--------	---	--------	--------	-----	----



---

E r l ä u t e r u n g e n

---

Zu Titel 412 00:

- (1) Den ordentlichen Mitgliedern werden für die Teilnahme an den Sitzungen des Präsidiums, der beiden Klassen, den Gemeinsamen Sitzungen, an der Jahresfeier sowie an den Sondersitzungen jeglicher Art eine Sitzungsgeld- und Fahrtkostenerstattung als Entschädigung gemäß § 17 (2) der Akademiesatzung gewährt. Das Sitzungsgeld beträgt 50,-- DM. Es handelt sich nicht um Dienstreisen im Sinne des Landesreisekostengesetzes (LRKG), sondern um die regelmäßige Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben der Akademie an ihrem Sitz (§ 7 Abs. 5 der Akademiesatzung).
- (2) Auch die Mitglieder der Beratungsausschüsse und der Arbeitskreise zur Verteilung von Forschungsmitteln des Landes NRW - soweit sie Akademie-mitglieder sind - erhalten für die Teilnahme an den vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung einberufenen Beratungssitzungen Sitzungsgeld und Fahrtkosten als Entschädigung. Das Sitzungsgeld beträgt 30,-- DM.
- (3) Die Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und Akademie-Kommissionen, soweit sie Mitglieder der Akademie sind, erhalten ebenfalls ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,-- DM und Fahrtkostenerstattung als Entschädigung gemäß § 17 (2) der Akademiesatzung.
- (4) Die Fahrtkostenentschädigung schließt die Erstattung von Taxikosten für Zu- und Abfahrten und die Erstattung von Zuschlägen für die Benutzung von Intercity-Zügen, TEE-Zügen und D-Zügen ausdrücklich ein.
- (5) Für Strecken, die ein Akademiemitglied mit einem ihm gehörenden Kraftfahrzeug zurücklegt, wird als Auslagenersatz eine Wegstreckenentschädigung gemäß § 6 Abs. 1 LRKG in Verbindung mit Ziffern 6.1.3, 6.1.4 und 6.2 der VV zu § 6 LRKG von zur Zeit 31 Pfennig gewährt.
- (6) Finden an einem Tag neben den Sitzungen zu Ziffer 1 auch Sitzungen zu Ziffer 2 und 3 statt, wird nur das Sitzungsgeld gemäß Ziffer 1 gewährt.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6

B. Sächliche Ver-  
waltungsausgaben

Die Mittel der Titel  
511 10 bis 527 10  
und 546 10 sind ge-  
genseitig deckungs-  
fähig.

511 10	Geschäftsbedarf	20 000	20 000	---	17
513 10	Post- und Fern- meldegebühren	21 000	21 000	---	18
515 10	Geräte und Aus- stattungsgegen- stände	26 000	26 000	---	25
516 10	Dienst- und Schutzkleidung	400	400	---	---
517 10	Bewirtschaftung von Grundstücken und Räumen sowie Gebäuden	175 300	175 300	---	148

E r l ä u t e r u n g e n

<u>Zu Titel 511 10:</u>	7 000 DM
1. Büromaterial	10 000 DM
2. Druckkosten für Einladungen	700 DM
3. Fahrgelder, Transport- und Frachtkosten	
4. Bekanntmachungen in Tageszeitungen (z.B. Nachrufe), Kränze	2 000 DM
5. Sonstiges	300 DM
	<u>20 000 DM</u>
	=====
<u>Zu Titel 513 10:</u>	9 000 DM
1. Postgebühren	8 400 DM
2. Fernmeldegebühren	2 600 DM
3. Wartung der Fernmeldeanlagen	1 000 DM
4. Instandsetzung, Änderung und Er- weiterung der Fernmeldeanlagen	<u>21 000 DM</u>
	=====
<u>Zu Titel 515 10:</u>	11 500 DM
1. Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	5 000 DM
2. Beschaffung von Büro- und sonstigen Maschinen	9 500 DM
3. Unterhaltung	<u>26 000 DM</u>
	=====
<u>Zu Titel 516 10:</u>	400 DM
Kosten für Anschaffung von Dienst- und Schutzkleidung	=====
<u>Zu Titel 517 10:</u>	40 300 DM
1. Heizung	56 000 DM
2. Strom, Gas, Wasser	42 000 DM
3. Reinigung	20 000 DM
4. Grundbesitzabgaben	17 000 DM
5. Sonstiges im Rahmen der Bewirtschaftung des Hauses der Wissenschaften	<u>175 300 DM</u>
	=====

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000 DM
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
518 10	Erbbauszinsen	600	600	---	---
518 20	Mieten und Pachten für Geräte und Maschinen	11 000	11 000	---	11
519 10	Kleinere Unter- haltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen Mehreinnahmen bei Titel 124 10 dürfen zur Leistung von Mehrausgaben ver- wendet werden.	100 000	100 000	---	92
523 00	Bibliothek	10 000	10 000	---	6
525 10	Kosten für wissenschaftliche Vortragsveran- staltungen	15 000	15 000	---	11
527 10	Reisekostenver- gütungen	5 500	5 500	---	6
531 00	Kosten für Ver- öffentlichungen und der Dokumen- tationen -Abweichend von §§ 61 (1) und 63 (3) LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	399 700	399 700	---	325

E r l ä u t e r u n g e n

<u>Zu Titel 518 10:</u> Erbbauzinsen gemäß Erbbauvertrag	600 DM =====
<u>Zu Titel 518 20:</u> Miete und Kopierkosten für ein Kopiergerät sowie Miete für einen Textverarbeitungs- automaten (Screen-Typer)	11 000 DM =====
<u>Zu Titel 519 10:</u> Für die bauliche Unterhaltung des Hauses der Wissenschaften.	100 000 DM =====
<u>Zu Titel 523 00:</u> 1. Anschaffungskosten für Bücher, Zeitschriften usw. für die wissenschaftliche Bibliothek	2 000 DM
2. Kosten für Buchbindearbeiten	8 000 DM <u>10 000 DM</u> =====
<u>Zu Titel 525 10:</u> 1. Honorare für die Vortragenden bei wissenschaftlichen Sitzungen - Honorare bis zu 400 DM je Vortrag für inländische Redner - Honorare bis zu 600 DM je Vortrag für ausländische Redner	
2. Die für die Vortragenden entstehenden Kosten für Hotelunterbringung und Bewirtung sowie die Fahrtkosten	15 000 DM =====
<u>Zu Titel 527 10:</u> Reisekostenvergütungen nach LRKG für Dienstreisen	5 500 DM =====
<u>Zu Titel 531 00:</u> a) Schriftenreihe "N" und "G" - Forschungsberichte-	234 700 DM
b) Jahresprogramm	10 000 DM
c) Jahrbuch	15 000 DM
d) Wissenschaftliche Abhandlungen	98 000 DM
e) Redaktionskosten, stenographische Aufnahmen, Übersetzungen	36 000 DM
f) Autorenhonorare	6 000 DM <u>399 700 DM</u> =====

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
539 00	Zweckgebundene Ausgaben aus Spenden und Zu- wendungen Dritter	---	---	---	---
541 00	Kosten der Bewirtung für die Jahresfeier und für Sonderver- anstaltungen	36 000	36 000	---	28
6 10	Vermischte Ver- waltungsausgaben, z.B. Entschädigungen	6 100	6 600	500 (-)	3
<p><u>C. Zuweisungen und Zuschüsse sowie Ausgaben für Investitionen</u></p>					
632 00	Beitrag zu den Kosten der Konferenz der Akademien der Wissenschaften	12 000	11 500	500 (+)	11

---

E r l ä u t e r u n g e n

---

Zu Titel 539 00 :

Leertitel für zweckgebundene Ausgaben aus Spenden und Zuweisungen Dritter.

Zu Titel 541 00 :

1. Kosten der Bewirtung bei den wissenschaftlichen Sitzungen (19 Sitzungen)	25 000 DM
2. Kosten für Jahresfeier gem. § 4 Abs. 2 der Satzung	5 000 DM
3. Kosten für entsprechende Ausgaben bei Sonderveranstaltungen jeder Art (Wiss. Symposien etc.)	6 000 DM
	<u>36 000 DM</u>
	=====

Besondere Erläuterungen zu Titel 541 00:

Während der Sitzungen der Akademie - vgl. Absätze (1), (2) und (3) der Erläuterungen zu Titel 412 00 - werden Getränke (Tee, Kaffee und dergleichen) und Tabakwaren angeboten. Die Sitzungen der Klassen werden mit einem einfachen Abendimbiß abgeschlossen. Bei ganztägigen Sitzungen muß ein Mittagessen und ggf. auch ein kleines Frühstück gereicht werden.

Bei Jahresfeiern und Sonderveranstaltungen entstehen Kosten für Blumenschmuck, musikalische Umrahmung und Bewirtung.

Zu Titel 546 10:

1. Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und -Kommissionen, die nicht Akademiemitglieder sind und in der politischen Gemeinde des Tagungsortes wohnen, zur Abgeltung des durch die Teilnahme an der Sitzung entstandenen Aufwandes. Das Sitzungsgeld beträgt 30,-- DM.  
Auslagen solcher ortsansässigen Ausschuß- und Kommissionsmitglieder für Fahrten oder Wege innerhalb der politischen Gemeinde des Tagungsortes aus Anlaß der Sitzung werden nicht besonders vergütet.  
Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und -Kommissionen, die nicht Akademiemitglieder sind und nicht in der politischen Gemeinde des Tagungsortes wohnen, erhalten Fahrtkosten- und Reisekostenvergütungen nach den Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes.
2. Ausgaben, die durch die Unterhaltung der Garderobe im Haus der Wissenschaften entstehen. 6 100 DM  
Weniger wegen Einsparungen zu Gunsten Titel 632 00 =====

Zu Titel 632 00:

Erstattungsbetrag 1987 für die Kosten der Konferenz der Akademien der Wissenschaften gemäß Beschluß des Ausschusses "Akademienprogramm" der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. 12 000 DM  
=====

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
686 10	Beitrag an die UAI (Union Académique Internationale)	600	600	--	---



---

E r l ä u t e r u n g e n

---

Zu Titel 686 10:

Jahresmitgliedsbeitrag für die  
Union Académique Internationale

600 DM  
=====

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
<u>D. Titelgruppe 60,</u> <u>61, 62, 63, 64, 65</u>					
<u>Förderung der wissen-</u> <u>schaftlichen Gemein-</u> <u>schaftswerke der</u> <u>Akademie:</u>					
1. Die Mittel der Titelgruppe 60, 61, 62, 63, 64 und 65 sind gegenseitig deckungsfähig.					
Titelgruppe 60 =====					
<u>Zentralkommission zur</u> <u>Erforschung der Spätantike</u> mit den Vorhaben					
- "Herausgabe des Reallexikons und des Jahrbuches für Antike und Christentum";					
- "Patristik" mit den Arbeits- stellen in Bonn, Münster und Bochum (Athanasius-Edition)					
1. Die Ausgaben bei Titel 428 60, 547 60 und 812 60 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
428 60	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	923 400	897 400	26 000 (+)	820
547 60	Nicht aufteilbare sächliche Ver- waltungskosten (Kostenerstattungen für die Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademie- gesetz).	106 400	92 900	13 500 (+)	67
812 60	Erwerb von Geräten, Aus- stattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	160 000	---	160 000 (+)	---
Summe Titelgruppe 60:		1 189 800	990 300	199 500 (+)	887

E r l ä u t e r u n g e n

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 60 Personalkosten DM	Titel 547 60 Sächl.Verw.- Ausgaben DM
60	<u>Zentralkommission für die Er- forschung der Spätantike</u>		
	1) - "Herausgabe des Reallexikons und des Jahrbuches für Antike und Christentum"	522 900 =====	71 500 =====
	- 1 Stelle I b BAT		
	- 3 Stellen II a BAT		
	- 2 Stellen V c BAT		
	- 2 Stellen VII BAT bzw. VIII/VII BAT		
	- 1 Stelle für wiss. Hilfskraft		
	<u>Arbeitsstelle Bonn</u>		
	2) - "Patristik" ( <u>"Kritische Edition und Unter- suchung von Werken der Kirchen- väter"</u> )		
	2a) <u>Arbeitsstelle Bonn</u>		
	- Bibliographia Patristica	123 700	16 300
	- Patristika Slavica	=====	=====
	- 1 Stelle I b BAT		
	- 1 Stelle wiss. Hilfskraft		
	- 1 stud. Hilfskraft		
	2b) <u>Arbeitsstelle Münster I</u>		
	- Gregor von Nyssa-Edition		2 600 =====
	2c) <u>Arbeitsstelle Münster II</u>		
	- Nilus-Kommentar und Handschriften- Repertorium	121 500	8 200
	- 1 Stelle IIa/Ib BAT	=====	=====
	- 2 stud. Hilfskräfte		
	2d) <u>Arbeitsstelle Bochum</u>		
	- Athanasius-Edition		
	- 2 Stellen II a BAT	155 300	7 800
		=====	=====
	<u>Summe:</u>	923 400 =====	106 400 =====

Mehr wegen Tariferhöhungen und für  
die lfd. Betriebskosten der EDV-Anlage

zu Titel 812 60:

Kosten für die EDV-Erstausrüstung

Vorhaben 1) 110 000 DM (5 Pcs einschl. Drucker u. Installation)

Vorhaben 2 a) 25 000 DM (1 Pcs einschl. Drucker u. Installation)

Vorhaben 2 d) 25 000 DM (1 Pcs einschl. Drucker u. Installation)

160 000  
=====

Gesamtsumme: 1 189 800  
=====

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
Titelgruppe 61 ===== <u>Zentralkommission für</u> <u>philosophiegeschichtliche</u> <u>Gemeinschaftswerke</u> mit den Vorhaben					
- "Herausgabe der gesammelten Werke G.F.W. Hegels"; - "Averroes-Latinus-Edition"					
1. Die Ausgaben bei Titel 428 61, 531 61 und 547 61 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
428 61	Vertragsgemäße Er- stattung von Per- sonalausgaben	593 400	576 700	16 700 (+)	567
531 61	Druckkosten	35 300	35 300	---	13
547 61	Nicht aufteilbare sächliche Ver- waltungskosten (Kostenerstattung für Vorarbeiten gem. § 2 Abs.1 Satz 4 Akademiegesezt)	21 000	21 000	---	10
Summe Titelgruppe 61:		649 700	633 000	16 700 (+)	590
=====					

E r l ä u t e r u n g e n

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 61 Personalkosten	Titel 531 6I Druckkosten	Titel 547 6I Sächl.Verw.- Ausgaben DM
		DM	DM	
61	<u>Zentralkommission für philosophiegeschichtliche Gemeinschaftswerke</u>			
	- "Herausgabe der Gesammelten Werke G.F.W. Hegels"			
	<u>Arbeitsstele Bochum</u> - 6 Stellen II a BAT	416 100 =====	35 300 =====	10 500 =====
	- "Averroes Latinus- Edition"			
	<u>Arbeitsstelle Köln</u> - 1 Stelle I b BAT - 1 Stelle II a BAT - 1 wiss. Hilfskraft	177 300 =====	---	10 500 =====
	<u>Summe:</u>	593 400 =====	35 300 =====	21 000 =====
	<u>Gesamtsumme:</u>		649 700 =====	

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
<p>Titelgruppe 62            =====  <u>Zentralkommission für</u>  <u>Papyrologie, Archäologie</u>  <u>und antike Epigraphik</u>            mit den Vorhaben</p> <p>- "Sammlung, Kommentierung            und Herausgabe von            Papyrusurkunden";</p> <p>1. Die Ausgaben bei Titel            428 62, 531 62, 538 62,            547 62 und 812 62 dieser            Titelgruppe sind gegen-            seitig deckungsfähig.</p>					
428 62	Vertragsgemäße Er- stattung von Per- sonalausgaben	222 200	216 000	6 200 (+)	170
531 62	Druckkosten	32 800	32 800	---	24
538 62	Ausgaben für Daten- verarbeitung	3 000	---	3 000 (+)	
547 62	Nicht aufteilbare sächliche Ver- waltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 2 Satz 4 Akademiegesezt)	5 500	---	5 500 (+)	20
812 62	Erwerb von Geräten, Austattungs- und Ausrüstungsgegen- ständen	55 000	---	55 000 (+)	
Summe Titelgruppe 62:		318 500	248 800	69 700(+)	214
=====					

E r l ä u t e r u n g e n

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 62 Personalkosten DM	Titel 531 62 Druckkosten DM	Titel 547 62 Sächl.Verw.- Ausgaben DM
62	<u>Zentralkommission für Papyrologie, antike Epigraphik und Archäologie</u>  - "Sammlung, Kommentierung und Herausgabe von Papyrusurkunden"  <u>Arbeitsstelle Köln</u> 3 Stellen II a BAT 1 wiss. Hilfskraft	222 200 =====	32 800 =====	5 500 =====

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen und für  
die lfd. Betriebskosten der EDV-Anlage

Zu Titel 538 62:

Kosten für den Erwerb von Software

3 000  
=====

Zu Titel 812 62:

Kosten für die EDV-Erstausstattung

55 000  
=====

4 Pcs                   36 000 DM  
1 Laserdrucker       14 000 DM  
Verkabelung u.  
Zubehör               5 000 DM

55 000 DM  
=====

Gesamtsumme:

318 500 DM  
=====

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
<p>Titelgruppe 63            =====  <u>Zentralkommission für</u>  <u>Mittlere und Neuere</u>  <u>Geschichte</u>            mit den Vorhaben</p> <p>- "Acta Pacis"</p> <p>- "Deutsche Inschriften des Mittelalters"</p> <p>1. Die Ausgaben bei Titel 428 63, 547 63 und 812 63 dieser Titel- gruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</p>					
428 63	Vertragsgemäße Er- stattung von Per- sonalausgaben	456 800	444 000	12 800 (+)	412
547 63	Nicht aufteilbare sächliche Ver- waltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gem. §2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesezt)	176 000	173 000	3 000(+)	219
812 63	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- ständen	30 000	---	30 000 (+)	-
Summe Titelgruppe 63:		662 800	617 000	45 800 (+)	631
=====					



E r l ä u t e r u n g e n

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 63 Personalkosten DM	Titel 547 63 Sächl.Verw.- Ausgaben DM
63	<u>Zentralkommission für mittlere und neuere Geschichte</u>		
	- "Acta Pacis Westphalicae"		
	<u>Arbeitsstelle Bonn</u>		
	4 Stellen II a BAT 1 Stelle VI b BAT 1 wiss. Hilfskraft 1/2 II a BAT	333 400	Sachmittel 85 900 Werkverträge 47 200 Druckkosten 37 000 170 100 =====
	- " <u>Deutsche Inschriften des Mittelalters</u> "		
	<u>Arbeitsstelle Bonn</u>		
	1,5 Stellen II a BAT	123 400	5 900
	<u>Summe:</u>	456 800 =====	176 000 =====
	Mehr wegen tariflicher Erhöhungen und für die lfd. Betriebskosten der EDV-Anlage.		
	<u>Zu Titel 812 63:</u>		
	Kosten für die Erweiterung der EDV- Anlage für das Vorhaben "Acta Pacis Westphalicae" (2 Pcs und 1 Drucker nebst Zubehör)		30 000 =====
	<u>Gesamtsumme:</u>	662 800 =====	

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
Titelgruppe 64 =====					
Vorhaben:					
- "Großräumige Klimaänderungen und ihre Bedeutung für die Umwelt"					
1. Die Ausgaben bei Titel 428 64, 531 64, 547 64 und 812 64 dieser Titel- gruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
428 64	Vertragsgemäße Er- stattung von Per- sonalausgaben	250 400	243 400	7 000 (+)	200
531 64	Druckkosten	---	---	---	
547 64	Nicht aufteilbare sächliche Ver- waltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gem. §2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesezt)	61 500	61 500	---	27
812 64	Erwerb von Geräten, Aus- stattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	30 000	---	30 000 (+)	
Summe Titelgruppe 64:		341 900	304 900	37 000 (+)	227
=====					

E r l ä u t e r u n g e n

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 64 Personalkosten DM	Titel 547 64 Sächl.Verw.- Ausgaben DM
64	<u>Naturwissenschaftliche Vorhaben</u>		
	- <u>"Großräumige Klimaänderungen und ihre Bedeutung für die Umwelt"</u>		
	1 Stelle I b BAT	250 400	61 500
	2 Stellen II a BAT	=====	=====
	2 stud. Hilfskräfte		
	1 Stelle VI b BAT		
	Mehr wegen Tariferhöhungen.		-
	<u>Zu Titel 812 64:</u>		
	Kosten für die Erweiterung der EDV-Anlage (2 Pcs und 1 Drucker nebst Zubehör)		30 000 =====
	Gesamtsumme:	341 900 =====	

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1988	Ansatz 1987	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1986 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
Titelgruppe 65 =====					
Neu-Vorhaben:					
- "Junger Vulkanismus in der Eifel"					
- "Radioastronomische Untersuchungen auf dem Stockert"					
1. Die Ausgaben bei Titel 428 65, 531 65, 547 65 und 812 65 dieser Titel- gruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
428 65	Vertragsgemäße Er- stattung von Per- sonalausgaben	394 000	---	394 000	---
531 65	Druckkosten	---	---	---	---
547 65	Nicht aufteilbare sächliche Ver- waltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gem. §2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesezt)	108 000	---	108 000 (+)	---
812 65	Erwerb von Geräten, Aus- stattungs- und Aus- rüstungsgegenständen	---	---	---	---
Summe Titelgruppe 65:		502 000	---	502 000 (+)	---
Gesamtausgaben des Haushaltentwurfs 1988:		4 593 900	3 723 200	870 700 (+)	

E r l ä u t e r u n g e n

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 65 Personalkosten DM	Titel 547 65 Sächl.Verw.- Ausgaben DM
65	<u>Naturwissenschaftliche Neu-Vorhaben</u>		
	- "Junger Vulkanismus in der Eifel"		
	<u>Arbeitsstelle Bochum</u>		
	1 Stelle II a BAT	184 000	48 000
	1 wiss. Hilfskraft		
	1/2 Stelle VI b BAT		
	1 Stelle V a BAT		
	<i>1 stud. Hilfskraft</i>		
	- "Radioastronomische Untersuchungen auf dem Stockert"		
	<u>Arbeitsstelle Bonn/Stockert</u>		
	1 Stelle II a BAT	210 000	60 000
	1 Stelle IV a BAT		
	1 Stelle V a BAT		
	2 stud. Hilfskräfte		
	<u>Summe:</u>	394 000 =====	108 000 =====
	<u>Gesamtsumme:</u>		502 000 =====

Zu Titelgruppe 60, 61, 62, 63 und 64

Etatisiert sind die auf die Akademie entfallenden und durch sie zu erstattenden Kosten der Vorhaben für die sechs wissenschaftlichen Gemeinschaftswerke (Alt-

- Bochum vom 23.06./13.07.1982 (Hegel-Edition)
- Bochum vom 21.03./05.04.1984 (Edition der Athanasius-Werke)
- Bonn vom 27.11.1975 (RAC-Edition)
- vom 17.12.1980 (Patristik)
- vom 16.09.1981 (Deutsche Inschriften)
- Köln vom 06.03./03.04.1984 (Papyrus-Edition)
- Köln vom 21.03./16.04.1984 (Averroes-Latinus-Edition)
- Münster vom 17.12.1980 (Patristik)

sowie mit der

- Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V., Bonn,  
vom 20.07./25.07.1977 (Acta-Pacis-Edition)

sowie

1 naturwissenschaftliches Vorhaben (Vereinbarung mit der Universität Bonn vom 14.07./23.07.1982).

Die Vereinbarungen für die Neu-Vorhaben der Titelgruppe 65 mit den Universitäten Bochum und Bonn werden zur Zeit vorbereitet.